

**WO BLEIBT DAS POSITIVE?
EINE LITERATURSTUDIE ÜBER DIE
CHANCEN DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS**

von Anika Rasner¹

Eine Literaturstudie im Auftrag des
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut in der Hans-Böckler Stiftung (WSI)

¹ Research Fellow am Max-Planck-Institut für demografische Forschung. Korrespondenzanschrift: Konrad-Zuse
Stras-se 1, 18057 Rostock. Email: rasner@demogr.mpg.de.

EINLEITUNG

In der Öffentlichkeit wird der demografische Wandel überwiegend als eine Bedrohung für bestehende gesellschaftliche Strukturen beschrieben, der die gegenwärtige Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme in Frage stellt. „Alte, wollt ihr ewig leben?“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2007), „Deutschland: immer älter, immer weniger“ (Zeit online vom 7. November 2006), „Nichts wie bisher: Globalisierung und Demographie verändern Deutschland“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. September 2006). Diese Headlines illustrieren die überwiegend negative mediale Darstellung des demografischen Wandels und insbesondere der Alterung der Bevölkerung. Häufig wird auf die immens steigenden Kosten als Folge des demografischen Wandels verwiesen, die von einem immer kleiner werdenden Anteil junger Menschen geschultert werden müssen. All diesen Artikeln ist gemein, dass sie den demografischen Wandel als unabwendbare Katastrophe umschreiben, mit weitreichenden Folgen für das gesellschaftliche Gleichgewicht. Einen weiteren Beitrag zu der eher negativen Beurteilung des demografischen Wandels leistet die Tatsache, dass die Notwendigkeit unbequemer politischer Reformen immer wieder mit dem Verweis auf die demografische Entwicklung begründet werden.

Die mediale Darstellung gepaart mit der politischen Vereinnahmung führen dazu, dass der demografische Wandel in der Bevölkerung vielmehr als Bedrohung, denn als Chance empfunden wird. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland haben gezeigt, dass demografisch-relevante Themen in das Bewusstsein der Bevölkerung vordringen und die mit dem demografischen Wandel einhergehenden Veränderungen den Menschen in Deutschland Sorgen bereiten (Dobritz, Lengerer, und Ruckdeschel 2005, S. 8). Dabei ist es nicht der demografische Wandel an sich, der zur Beunruhigung führt, sondern vielmehr die Bedrohung der sozialen Sicherungssysteme, die von den demografischen Veränderungen ausgehen. Außerdem steigt infolge der Schlagzeilen über das „Aussterben“ der Deutschen, die Angst vor Überfremdung an.

Interessant ist, dass der demografische Wandel keine neuartige Entwicklung ist. Die Alterung der Bevölkerung schreitet seit Jahrzehnten voran und Projektionen haben recht zuverlässig vorhergesagt, wie sich die Bevölkerung entwickeln wird. Im Gegensatz zu anderen Prognosen (z.Bsp. Konjunkturprognosen) lässt sich die Entwicklung der Bevölkerung recht zuverlässig vorhersagen. Es handelt sich also um kein Phänomen, dass von heute auf morgen an Aktualität gewonnen hat, und somit überhastetes Handeln von politischen Akteuren erforderlich gemacht hat. Im Gegenteil, die

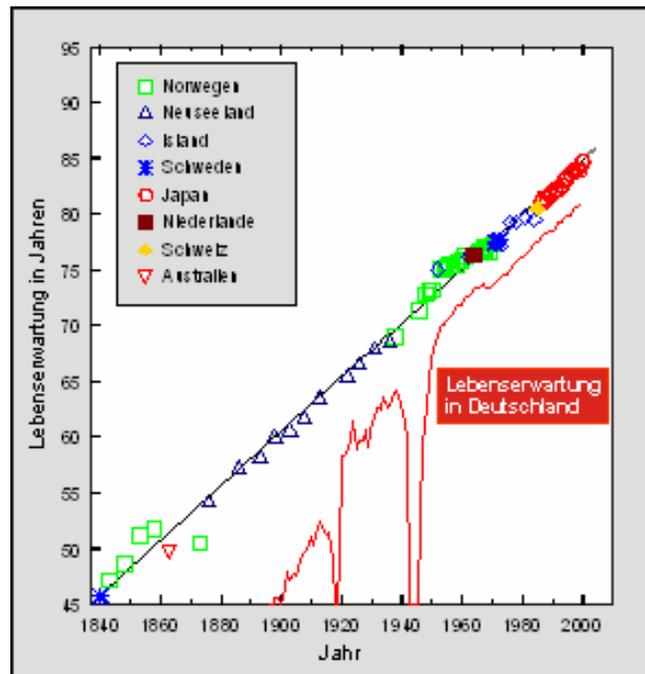
Bevölkerungsstruktur ist eher träge, die Geschwindigkeit der Veränderungen von daher moderat (Vaupel und von Kistowski 2007). Das hat den Vorteil, dass man sich auf die demografischen Entwicklungen sehr gut vorbereiten kann. Vor diesem Hintergrund erscheint der aufgeregte Umgang mit dem Phänomen umso erstaunlicher. Die Langsamkeit der Veränderung bietet die ideale Voraussetzung, um die Chancen des demografischen Wandels zu erkennen und seine Potentiale nutzbar zu machen.

Die Notwendigkeit einer positiven Sichtweise des demografischen Wandels ist umso wichtiger, da ein Ende des Anstiegs der Lebenserwartung nicht auszumachen ist. Die Lebenserwartung steigt unter anderem in Folge des Zusammenspiels von medizinisch-technischem Fortschritt, der geringeren Säuglingssterblichkeit, sowie verbesserter Hygiene- und Ernährungsstandards (Cutler, Deaton und Lleras-Muney 2006; Riley 2001). Immer noch gehen viele Experten davon aus, dass der Anstieg der Lebenserwartung bald eine Obergrenze erreichen wird.² Oeppen und Vaupel stellen diese vermeintliche Obergrenze allerdings in Frage. Hierzu haben sie die Entwicklung der Rekordlebenserwartung seit 1840 nachvollzogen. Bei der Rekordlebenserwartung handelt es sich um die weltweit höchste Lebenserwartung, die in einem Kalenderjahr erreicht wurde (Oeppen und Vaupel 2002). Die folgende Graphik illustriert die Entwicklung der Rekordlebenserwartung für Frauen von 1840 bis heute.³

² Die Lebenserwartung ist das durchschnittliche Sterbealter unter Berücksichtigung der altersspezifischen Sterberaten im entsprechenden Kalenderjahres.

³ Die Autoren wählen die Rekordlebenserwartung von Frauen, weil die Lebenserwartung von Frauen bis auf wenige Ausnahmen in allen Ländern höher ist als die Lebenserwartung der Männer.

Graphik 1: Entwicklung der Rekordlebenserwartung bei Frauen 1840-2005



Quelle: Oeppen und Vaupel 2002, S. 1029

Während im Jahr 1840 die schwedischen Frauen den Rekord mit einer Lebenserwartung von knapp über 45 Jahren hielten, stehen seit nunmehr über 20 Jahren die japanischen Frauen mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von über 85 Jahren an der Spitze. Die Entwicklung über den Zeitverlauf zeigt zum einen, dass die Lebenserwartung Jahr für Jahr stetig um fast 3 Monate gestiegen ist. Zum anderen zeigt sich, dass der Trend bisher ungebrochen ist. Es gibt keinerlei Hinweise darauf, dass die Rekordlebenserwartung ein Plateau erreicht hat, was für eine Verlangsamung des Trends sprechen würde.⁴ Außerdem sieht man, dass sich die Lebenserwartung in Deutschland zwar auf einem niedrigeren Niveau, aber dennoch parallel zur Rekordlebenserwartung entwickelt.

Die Befunde erfordern ein Umdenken im Umgang mit dem demografischen Wandel. Statt in den demografischen Entwicklungen eine höhere bedrohende Macht zu sehen, der man schutzlos ausgesetzt ist, sollten eher die Chancen und konstruktiven Handlungsoptionen im Vordergrund stehen. „Die Alterung des Einzelnen wie der Gesellschaft ist kein schicksalhafter, sondern ein dynamischer Prozess, einer, der sich beeinflussen lässt“ (Schwägerl 2007). Die vorliegende Literaturstudie „Wo

⁴ Das hat zur Folge, dass die von Experten aufgestellten Hypothesen über das obere Limit der Lebenserwartung bereits nach wenigen Jahren von dem Land mit der Rekordlebenserwartung gebrochen wurde (Oeppen und Vaupel 2002).

bleibt das Positive - Demografischer Wandel als Chance“ hat zum Ziel den aktuellen Forschungsstand bezogen auf die positiven Entwicklungspotentiale des demografischen Wandels zusammenzufassen.

Die Literaturstudie soll anhand verschiedener Politikfelder gegliedert werden. Neben den klassischen sozialpolitischen Themen Gesundheit und Pflege werden die Chancen des demografischen Wandels für die kommunale Ebene, insbesondere für die Bereiche Wohnen, Pflege und Betreuen, erörtert. Fragen der Generationenbeziehungen und der Lebenslaufplanung werden am Rande behandelt. Ferner soll sich die Literaturstudie mit den Auswirkungen der alternden Gesellschaft für Wirtschaft und Konsum befassen. Für jedes Gebiet sollen die wichtigsten Befunde zusammengefasst und die zentralen Argumentationslinien herausgearbeitet werden. Des Weiteren soll skizziert werden, ob und wenn ja, welche Anforderungen für die verschiedenen Akteure des politischen Prozesses abgeleitet werden, um die Potentiale des demografischen Wandels tatsächlich nutzbar zu machen. Außerdem soll die Frage adressiert werden, wie das Verhältnis von Chancen und Risiken in den Studien dargestellt wird.

Die Gewichtung der verschiedenen Studien und Artikel hängt davon ab, ob von den Autoren lediglich Gestaltungsspielräume aufgezeigt werden oder ob damit auch konkrete Handlungsanweisungen für die politischen Akteure verbunden werden. Außerdem kommt es darauf an, ob sich die Forschungsbeiträge ganz allgemein mit dem demografischen Wandel befassen oder ob explizit die Chancen des demografischen Wandels untersucht werden. Es ist nicht immer möglich, die Studien und Beiträge eindeutig einem Gebiet zuzuordnen. Insbesondere im Bereich der Kommunalpolitik zeigt sich, dass Demografie ein Querschnittsthema ist und gerade aus der besseren Verzahnung einzelner Bereiche ein positives Gestaltungspotential abgeleitet werden kann.

BILDUNG

Bildung und lebenslanges Lernen spielen in der Debatte um den demografischen Wandel eine zentrale Rolle. Eine gute Ausbildung ist die ideale Voraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben. Da die geburtenschwachen Jahrgänge in Zukunft eine immer größer werdende Zahl ökonomisch inaktiver Personen unterstützen müssen, kommt dem Konzept des „Lebenslangen Lernens“ eine immer größere Bedeutung zu (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001). Aus diesem

Grund wäre es fahrlässig, den Faktor Bildung zu vernachlässigen. Gut ausgebildete Beschäftigte sind eine lohnenswerte Investition für die Zukunft und sichern die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Eine von der Robert Bosch Stiftung in Auftrag gegebene Studie untersucht die positiven Gestaltungspotentiale, die sich aus dem Rückgang der Schülerzahlen in Folge des demografischen Wandels ergeben könnten. Ausgangspunkt der Studie ist die These, dass sich durch rückläufige Schülerzahlen finanzielle Spielräume eröffnen, die dahingehend genutzt werden könnten, dass die Qualität des deutschen Bildungswesens verbessert und somit seine internationale Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden könnte. Zwischen 2002 und 2020 werden sich die Schülerzahlen um 17 Prozent verringern. Dieser Rückgang wird in Ostdeutschland noch wesentlich akzentuierter ausfallen (Robert Bosch Stiftung 2006, S. 19). Real werden die Schulausgaben um bis zu 11,5 Milliarden Euro im Jahr 2020 sinken.

Zu den kurz- und mittelfristigen Empfehlungen der Studie zählen eine bessere Qualitätssicherung des Lehrpersonals und die Umwidmung bestimmter Infrastrukturausgaben in zukunftssträchtige Investitionen, zum Beispiel in eine bessere Computerausstattung an Schulen. Langfristig gelte es die Mittel in die frühe Phase des Lernens umzuschichten (d.h. in Vor- und Grundschulen) und von einer Umschichtung in den universitären Bereich abzusehen. Es gehe eher darum, dass möglichst viele Schüler eines Jahrgangs die Hochschulreife erlangen. Die Lernzeiten sollen effektiver genutzt werden, was durch die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen gewährleistet werden könne. Eine zentrale Zielsetzung solle die Auflösung oder Abschwächung des Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Bildungserfolg und damit einhergehend eine bessere Integration von Migrantenkindern darstellen (Robert Bosch Stiftung 2006, S. 61).

Hohe Investitionen in die frühkindliche Bildungsphase zahlen sich über das gesamte Erwerbsleben aus. Neben den Potentialen im schulischen Bereich könne man von dem gezielten Einsatz freiwerdender Finanzmittel in die Verbesserung des Bildungssystems auch positive wirtschaftliche Effekte erwarten. Besser ausgebildete Beschäftigte erhöhen die internationale Wettbewerbsfähigkeit und könnten trotz des zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs zu Wachstumssteigerungen führen. Zur Erhöhung der durchschnittlichen Leistung sei eine Förderung in der Breite erforderlich. Die Umsetzung der Empfehlungen könne aus Sicht der Autoren daran scheitern, dass die abzusehenden Einsparungen im Schulbereich von den Ländern eher für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verwendet werden, statt die freiwerdenden Mittel in eine höherwertige Schulausbildung zu investieren (Robert Bosch Stiftung 2006, S. 62).

Die Empfehlungen der Studie der Robert Bosch Stiftung schließen an das Gemeinschaftsprojekt „Bildung neu denken!“ von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und der Prognos AG an. Unter Leitung von Prof. Lenzen wurde ein neues zukunftsfähiges Bildungskonzept erarbeitet, mit dem Ziel das deutsche Bildungssystem leistungsfähiger, erfolgreicher und im internationalen Kontext wettbewerbsfähiger zu machen. In der gegenwärtigen Ausgestaltung des deutschen Bildungssystems wurden folgende Defizite identifiziert: zu später Bildungsbeginn und eine zu lange primäre Bildungsphase; mangelnde Praxisnähe des Lernstoffs und unzureichende Vermittlung von Basiskompetenzen; fehlende unternehmerische Orientierung der Schulen; mangelnde Professionalität des Lehrpersonals, sowie überholte Lehr- und Lernmethoden; Ausstattungsdefizite; zu geringe Beteiligung der Eltern (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft 2003).

Die schulische Bildung solle früher beginnen und der Bildungseintritt flexibler gestaltet werden. Neben der Einführung von Ganztagschulen sollten Ferienzeiten effektiver genutzt werden, um bei Bedarf Lernstoffe zu ergänzen, vertiefen oder zu wiederholen. Der Übergang in die Sekundarstufe solle zu einem späteren Zeitpunkt nämlich nach der 7. Schulklasse erfolgen, um die Einteilung in die verschiedenen Schularten später erfolgen zu lassen. Außerdem müsse die Durchlässigkeit zwischen den Schularten deutlich erhöht werden. Der Unterricht selbst solle eher in leistungshomogenen Lerngruppen statt in altershomogenen Lerngruppen stattfinden. Regelmäßige Leistungstests und Entwicklungsdiagnostik sollen die Schullaufbahn begleiten und in konkrete Empfehlungen für jeden einzelnen Schüler münden. Der Berufsschulunterricht solle praxisorientierter sein und die Schulpflicht auf einen Tag in der Woche begrenzt werden. Das gesamte Lehrpersonal müsse sich regelmäßigen Leistungstests unterziehen. Die Besoldung müsse leistungsgerecht erfolgen. Die Ausbildung der Lehrer solle praxisnäher erfolgen und von der Verbeamtung neuer Lehrer solle abgesehen werden (siehe Anhang Robert Bosch Stiftung 2006, S. 74 ff.).

Die Überwindung der Defizite sei nicht ausschließlich Sache der Landesregierungen, sondern erfordere auch ein Eingreifen des Bundes und der Sozialpartner (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft 2003).

GESUNDHEIT

Es kann nicht häufig genug betont werden, dass die steigende Lebenserwartung eine großartige Errungenschaft der Zivilisation ist. In der Frage, ob die steigende Lebenserwartung zwangsläufig zu

einer Kostenexplosion führt, stehen sich zwei Lager gegenüber. Die Kompressionstheoretiker (Fries 1980; Fries 1985) gehen davon aus, dass die höhere Lebenserwartung das Ergebnis von mehr gesunden Lebensjahren sei und dass diese somit nicht zu einem Anstieg der Gesundheitskosten führe, sondern eher zu einer Verschiebung des Kostenaufkommens in ein späteres Lebensalter. Vertreter der Medikalisierungsthese (Olshansky et al. 1991) gehen hingegen davon aus, dass die höhere Lebenserwartung das Ergebnis des medizinisch-technischen Fortschritts sei, der zwar zu einem Mehr an Jahren, aber einem Mehr an Jahren in schlechterer Gesundheit führe. Lebensverlängernde Maßnahmen führen demzufolge nicht zu einer höheren Lebensqualität, sondern nur zu einer Verlängerung des Lebens in Krankheit. Dieser These zufolge käme es also zu einem Anstieg der Gesundheitsausgaben.

Rürup kann die Medikalisierungsthese anhand der Daten aus dem Risikostrukturausgleich der Krankenkassen nicht bestätigen. In den letzten zwölf Jahren gab es keine signifikante Versteilerung des Kostenprofils (Rürup 2007, S. 28). Für die Höhe der Gesundheitskosten sei die Nähe zum Tod ein wesentlich besserer Prädiktor als das Lebensalter an sich. Die Ausgaben im letzten Lebensjahr sind signifikant höher als in anderen Jahren und dieser Zusammenhang bestätigt sich unabhängig vom Alter für Jung und Alt.

Der Zusammenhang zwischen steigenden Gesundheitsausgaben und der Nähe zum Tod wurde auch schon von Brockmann im Bezug auf die Kosten für Krankenhausaufenthalte nachgewiesen (Brockmann 2002). Die Kosten für Krankenhausaufenthalte seien keine Funktion des Alters, sondern eine Funktion der verbleibenden Lebenszeit. Die Kosten im letzten Lebensjahr übersteigen die verursachten Kosten in den vorangehenden Jahre um ein Vielfaches. Vergleicht man die Gesundheitsausgaben für Menschen im letzten Lebensjahr vor dem Tod in Abhängigkeit vom Alter so zeigt sich, dass die Ausgaben für ältere Menschen im Vergleich zu jüngeren Menschen sogar signifikant niedriger sind. Dieser Alterszusammenhang trifft auch beim Vergleich der Kosten für gleiche Diagnosegruppen zu. Die Autorin schließt daraus, dass die niedrigeren Ausgaben möglicherweise ein Hinweis auf die versteckte Rationierung von Gesundheitsleistungen für ältere Menschen sein könnten (Brockmann 2002, S. 604). Die Befunde lassen den Schluss zu, dass die Bevölkerungsalterung nicht zwangsläufig zu einer Kostenexplosion führen müsse. Der Kostenan-

stieg im Gesundheitswesen sei somit auf andere Erklärungsfaktoren zurückführbar.⁵ Brockmann betrachtet die Rationierung von Gesundheitsleistungen für ältere Patienten als riskant (Brockmann 2002, S. 606). Der Autorin zufolge sollten alle Patienten die bestmögliche medizinische Versorgung zu Teil werden, unabhängig von ihrem Alter.

Rürup argumentiert in eine ähnliche Richtung und fordert zu einem Umdenken im Bezug auf steigende Gesundheitskosten auf. Die Ausgabensteigerung stelle so lange kein Problem dar, solange sie „das Ergebnis einer zunehmenden Multimorbidität als Folge der Bevölkerungsalterung, eines die Lebensqualität der Patienten verbessernden und die Lebenserwartung verlängernden medizinisch-technischen Fortschrittes oder veränderter Präferenzen als Folge der Wohlstandssteigerung sind“ (Rürup 2007, S. 28). Unter diesem Gesichtspunkt seien Kostensteigerungen vertretbar. Problematisch seien sie hingegen, wenn sie die Folge von ineffizienten Organisations- und Anreizstrukturen oder mangelnden Wettbewerbs zwischen Leistungserbringern und den Krankenkassen seien. Um zu verhindern, dass hohe Kassenbeiträge negative Auswirkungen für Beschäftigung und Wachstum haben, sollen versicherungsfremde Leistungen aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden. Die verbesserte Gesundheit der Menschen sei allerdings eine lohnenswerte Investition, die sich langfristig auszahlen werde.

GESUNDHEITSVORSPRUNG

Eberstadt und Groth weisen daraufhin, dass gerade in dem besseren Gesundheitszustand der älteren Menschen in Westeuropa eine große Chance liege. Die bessere Gesundheit ermögliche den älteren Menschen nämlich eine Verlängerung der produktiven Lebensarbeitszeit. Eberstadt und Groth argumentieren, dass die Alterung der Gesellschaft nur dann kostspielig für die sozialen Sicherungssysteme werde, wenn die Zunahme der produktiven Arbeitskraft durch die bessere Gesundheit von der Volkswirtschaft ungenutzt bliebe und ausschließlich in Freizeit und eine verkürzte Lebensarbeitszeit fließe (Eberstadt und Groth 2007a). In der Alterung der Bevölkerung wird häufig eine Gefahr für Produktivität und wirtschaftliches Wachstum gesehen. Aufgrund der demografischen Bedingungen ist diese Angst in Deutschland und Westeuropa noch viel stärker verbreitet als in den USA.

⁵ Der Befund, dass höhere Ausgaben in der Krankenversicherung keine direkte Folge der Bevölkerungsalterung seien, lässt sich auch für andere Länder nachweisen, so zum Beispiel für die USA, Australien und Kanada. Für einen Überblick siehe Reinhart (2003).

Den Autoren zufolge halte Europa gegenüber den USA eine Trumpfkarte in der Hand. Aufgrund des besseren Gesundheitssystems habe Deutschland einen „Gesundheitsvorsprung“, der den gesamtwirtschaftlichen demografischen „slowdown“ aufhalten könnte und somit eine große Chance darstelle. Deutschlands Gesundheitsvorsprung gegenüber den USA entspricht Berechnungen auf Basis des „Healthy Life Expectancy Index“ zufolge im Schnitt über 2,5 Jahre.⁶ Um diese Trumpfkarte auszuspielen zu können, müsse allerdings ein fundamentaler Wandel der Arbeits- und Lebensweisen vollzogen werden. Eberstadt und Groth argumentieren, dass die heutige Generation der Fünfzig- bis Vierundsiebzighjährigen noch nie fitter und besser ausgebildet war. Bisher seien die zusätzlichen Jahre in Gesundheit allerdings ausschließlich in ein Mehr an Freizeit geflossen. Die geringere physische Belastungen in vielen Tätigkeitsbereichen mache es erst möglich, ältere Beschäftigte länger in Arbeit zu halten. Diese Verlängerung des Beschäftigungsverhältnisses erfordere allerdings eine Umkehr in Arbeitszeit-, Entlohnungs- und Besteuerungsmodellen (Eberstadt und Groth 2007a, S. 64). Durch diese Umkehr würden ältere Menschen zu einem späteren Zeitpunkt im Leben zum Nettokonsumenten und könnten länger produktiv tätig sein. Neben der Entlastung für die Alterssicherungssysteme hätte der verspätete Eintritt in die inaktive Phase auch einen makroökonomischen Nutzen. Ältere Menschen könnten länger sparen mit positiven Folgen für die Sparquote und die Investitionen. Dies wiederum hätte entsprechend positive Auswirkungen auf die Produktivität und das langfristige Wachstumspotential.

Um den Gesundheitsvorsprung zu nutzen, müssen die Alterssicherungssysteme so umgestaltet werden, dass der längere Verbleib in Arbeit finanziell nicht mehr bestraft werde. Dazu gehöre ein weiterer Ausbau der privaten Altersvorsorge und ein Abbau der gesetzlichen umlagefinanzierten Rente. Der Arbeitsmarkt müsse weiter dereguliert werden. Die höheren Löhne für ältere Arbeitnehmer müssten gesenkt werden, weil diese häufig oberhalb ihrer eigentlichen Produktivität liegen. Der Irrglaube, dass eine höhere Erwerbsquote älteren Arbeitnehmer zu einer höheren Arbeitslosigkeit führe, ließe sich empirisch nicht bestätigen (Eberstadt und Groth 2007a, S. 67). Ältere Arbeitnehmer seien wertvolle Ressourcen für Unternehmen und sollten nicht systematisch vom Arbeitsleben ausgeschlossen werden. Das Potential „Arbeiten im Alter“ müsse gesellschaftlich anerkannt, gefördert und honoriert werden. Dies bliebe auf der Ebene der Unternehmen bisher aus.

⁶ Der „Healthy Life Expectancy Index“ zeigt an wieviele Jahre Menschen ohne schwere gesundheitliche Beeinträchtigungen leben können

Der gute Gesundheitszustand der Bevölkerung hat in Japan einen völlig anderen öffentlichen Diskurs über die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer ausgelöst. In dem Ausstieg der Babyboomer-Kohorten aus dem Erwerbsleben wird in Japan eine große Gefahr gesehen (das sogenannte „Jahr 2007 Problem“). Mit dem Renteneintritt der Babyboomer werden Unternehmen vor die Notwendigkeit gestellt, dass Spezialwissen und die Erfahrung älterer Arbeitnehmer auch nach deren Verrentung im Betrieb zu halten. Viele große und mittelständische Betriebe stellen ihre älteren Arbeitnehmer deshalb nach der Verrentung als selbständige Berater ein, die das Wissen an die jüngeren Arbeitskräfte weitergeben und zu einer systematischen Dokumentation des betriebsinternen Wissens beitragen (Kohlbacher 2007).⁷ Die selbständigen Berater erhalten allerdings bis zu 50 Prozent geringere Einkommen, um das Problem der Senioritätsentlohnung zu umgehen. Einige Unternehmen haben deswegen das fixe Renteneintrittsalter abgeschafft und beschäftigen ihre Mitarbeiter so lange diese arbeiten wollen. Die Weiterbeschäftigung der älteren Arbeitnehmer wird gerade durch den guten Gesundheitszustand der Japaner ermöglicht.⁸ In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass die Weiterarbeit nach dem Erreichen des gesetzlichen Rentenalters in den wenigsten Fällen ökonomisch notwendig wäre, vielmehr fällt es vor allem den männlichen Erwerbstätigen schwer aus dem Berufsleben auszusteigen.

Eberstadt und Groth weisen deshalb zurecht daraufhin, dass der Gesundheitsvorsprung in Deutschland gepflegt werden müsse, unter anderem durch die Kontrolle von Gewicht und Ernährung, die Reduktion des Tabak- und Alkoholkonsums und den Kampf gegen Krebs. Hohe Gesundheitskosten ließen sich vor dem Hintergrund rechtfertigen, dass sie eine wertvolle Investition in Humankapital darstellen. „Im ökonomischen Wert des ‚gesunden Alterns‘ liegt ein wichtiger Schlüssel für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit des alten Kontinents. Europa hält hier eine bisher vielen nicht bekannte Trumpfkarte in der Hand. Es fragt sich nur, ob der alte Kontinent in der Lage ist, diese auch auszuspielen“ (Eberstadt und Groth 2007b, S. 4).

⁷ Die Wiederbeschäftigung nach Verrentung und die Abschaffung des Rentenalters in einigen Betrieben führt zu der im internationalen Vergleich hohen Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer in Japan mit mehr als 30 Prozent (vgl. www.stat.go.jp).

⁸ Mit einer Arbeitslosenquote von 3.6 Prozent (Juli 2007) sind die ökonomischen Vorbedingungen für eine Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer natürlich wesentlich besser als in Deutschland. Allerdings liegen die wöchentlichen Arbeitsstunden bei durchschnittlich über 40 Stunden (vgl. www.stat.go.jp).

BEST PRACTICE

Die Pinneberger Verkehrsgesellschaft hat die Notwendigkeit der Gesundheitsförderung ihrer Mitarbeiter erkannt. In Anlehnung an das Finnische Nationale Programm für alternde Arbeitnehmerinnen⁹ (FINPAW), das im Jahr 2006 mit dem Carl-Bertelsmann Preis ausgezeichnet wurde, hat die Pinneberger Verkehrsgesellschaft das Programm „Fit fürs Alter“ ins Leben gerufen (Hollstein 2006). Das Programm zielt speziell auf die Erhaltung der Arbeitskraft der Mitarbeiter über 50, in dem die gesundheitlichen Belastungen am Arbeitsplatz verringert und das gesundheitsfördernde Verhalten der Arbeitnehmer gefördert wird. Außerdem soll die Arbeitszufriedenheit und das Wohlbefinden der Mitarbeiter verbessert werden. Das gesamte Programm soll die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens sichern (siehe Pinneberger Verkehrsgesellschaft 2006). Die Teilnehmer des Programms erhalten bei gleicher Bezahlung bis zu 23 zusätzliche Freizeittage, wenn sie im Gegenzug mindestens 3 Stunden Sport pro Woche treiben. Ergebnisse der Pilotphase zeigen, dass sich die gesundheitliche Verfassung der Arbeitnehmer verbessert hat und Fehlzeiten der Teilnehmer deutlich gesenkt werden konnten.

Karl Otto Hondrich stellt allerdings in Frage, dass die bessere Gesundheit zwangsläufig zu einer längerem Arbeitsproduktivität führen müsse. Die kontinuierliche Innovation von Technologien, Märkten und Organisationsformen überfordere viele ältere Beschäftigte. Sie könnten somit im höheren Alter nicht mehr hinreichend produktiv sein und somit nicht zwangsläufig bis in ein höheres Alter arbeiten. „Denn nur diejenigen haben eine Chance mit 65, 70 oder 75 noch zu arbeiten, die gerade nicht umlernen müssen. Die Schriftsteller, Künstler, Professoren, Rechtsanwälte, vielleicht auch Ingenieure und Facharbeiter, insofern sie bei ihrer Arbeit bleiben und/oder in ihrer vertrauten Gruppe von einer meist informellen Arbeitsteilung getragen werden“ (Hondrich 2007, S. 64).

PRODUKTIVITÄT IN DER ALTERNDEN GESELLSCHAFT

Wenn es um die Frage geht, wer den Wohlstand in einer alternden Gesellschaft erwirtschaften wird, dann zeigen Studien zur Leistungsfähigkeit von Arbeitnehmern, dass es nur einen schwachen Zusammenhang von Alter und Produktivität gibt (Dittmann-Kohli und van der Heijden 1996). Das

⁹ Bei FINPAW handelt es sich um ein von der finnischen Regierung verabschiedeten Maßnahmenpaket bestehend aus mehr als 40 Projekten mit dem Ziel die Gesundheit von Arbeitnehmern zu fördern und die Arbeitskraft älterer Mitarbeiter längstmöglich zu erhalten. Ferner sollten im Rahmen des Programms die Zielgruppen, unter anderem die Sozialpartner und Arbeitgeber, für die Folgen des Alterns sensibilisiert werden (Arnkil et al. 2003).

biologische Alter ist demzufolge kein guter Prädiktor für die Produktivität einer Person. Vielmehr zeigt sich, dass die „Unterschiede zwischen Arbeitnehmern gleichen Alters in der Regel größer sind als die mittleren Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Arbeitnehmern“ (Tesch-Römer 2006, S. 16). Selbst wenn ältere Arbeitnehmer im Schnitt langsamer arbeiten, so wird das durch die größere Genauigkeit und Qualität ihrer Arbeit wieder ausgeglichen. Von Arbeitgebern werden sie als gewissenhafter, zuverlässiger, effektiver, bedächtiger und sozial kompetenter beschrieben.

Auch wenn diese Qualitäten in der Vergangenheit nicht zu einer höheren Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer geführt hat, so zeigt sich, dass mit einem höheren Anteil älterer Arbeitnehmer in der Belegschaft nicht zwangsläufig Produktivitätseinbußen einhergehen müssen. Um die Produktivität im Alter zu halten oder sogar zu steigern, kommt dem Konzept des „Lebenslangen Lernens“ eine wichtige Bedeutung zu. Weiterbildungsmaßnahmen erhöhen nicht nur die Beschäftigungs- und Leistungsfähigkeit im Arbeitsleben, sondern haben auch positive Effekte für die Gesundheit und das Gesundheitsverhalten älterer Arbeitnehmer (Tesch-Römer 2006, S. 21).

Produktivität und Wachstum wird in einer alternden Gesellschaft aber natürlich nicht ausschließlich von älteren Arbeitnehmern erwirtschaftet. Studien der OECD zeigen, dass in der besseren Integration von arbeitsmarktfernen Gruppen (wie zum Beispiel der Frauen) ebenfalls großes Potential steckt, um die Folgen der Bevölkerungsalterung abzuschwächen. Die Veränderung des zahlenmäßigen Verhältnis der über 65-jährigen zu den 20- bis 64-jährigen stellt eine große Herausforderung für die sozialen Sicherungssysteme dar. Der Anteil der ökonomisch aktiven Personen, die Steuern und Sozialbeiträge zahlen, wird sinken, wohingegen der Anteil der inaktiven Personen, die einen erhöhten Bedarf an Transfers und Gesundheitsleistungen haben, steigen wird. Auch wenn aufgrund dieser Veränderungen schmerzhaft Einschnitte notwendig seien, so könnte Jean-Philippe Cotis zufolge die Bevölkerungsalterung für die Politik eine Chance bieten, einige Fehlentwicklungen der letzten Jahre zu korrigieren (Cotis 2003).

Eine dieser Fehlentwicklungen bestand im Versuch vieler OECD Länder den Arbeitsmarkt durch die exzessive Nutzung von Frühverrentungsregelungen, der Invaliditätssicherung und der Arbeitslosenversicherung zu entlasten. Durch den systematischen Ausschluss älterer Arbeitnehmer wurde die Arbeitslosigkeit auf Kosten der Sozialsysteme gesenkt. Vor dem Hintergrund der Bevölkerungsalterung müssen Policies in Zukunft darauf zielen, verschiedene Gruppen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Neben der längeren Beschäftigung der älteren Arbeitnehmer müssen

Cotis zufolge aber auch die Beschäftigungsquoten der jüngeren Arbeitnehmer und der Frauen gesteigert werden.

Auch wenn die Frauenerwerbsquote in den letzten Jahrzehnten in allen OECD Ländern kontinuierlich gestiegen ist, so besteht Cotis zufolge weiterer Handlungsbedarf. Veränderungen sind zum Beispiel in den Steuersystemen erforderlich, die Ehepartner gemeinsam veranlagten (Cotis 2003). Deutschland ist eines der wenigen Länder, das am strikten Ehegattensplitting festhält. Das Einkommen des Hauptverdieners wird mit einem relativ niedrigen Grenzsteuersatz besteuert, wohingegen das Einkommen des Zweitverdieners, meistens das der Ehefrau, einem proportional höheren Steuersatz unterliegt (Dingeldey 2000).¹⁰ Aufgrund der höheren Lohnelastizität verheirateter Frauen, hat ein hoher Grenzsteuersatz einen wesentlich stärkeren negativen Einfluss auf das Arbeitsangebot von Frauen (Rasner 2006).¹¹ Die Nutzung des Erwerbspotentials der Frauen hängt maßgeblich mit dem Angebot und der Finanzierung der Kinderbetreuung zusammen. Cotis sieht in der staatlichen Bezuschussung von Kinderbetreuung einen wirksamen Weg, um vor allem die Vollzeitwerbstätigkeit von Frauen zu steigern (Cotis 2003).¹²

Ohne Reformen, die zur besseren Integration arbeitsmarktfremder Gruppen führen, wird Berechnungen zufolge in den OECD Ländern das Arbeitskräftepotential bis 2025 um 4-5 Prozent sinken. Die OECD schlägt deshalb die Umsetzung eines Reformpakets vor, das den Rückgang des Arbeitskräftepotentials nicht nur abschwächen, sondern sogar umkehren könnte. Das Paket müsse folgende Maßnahmen enthalten:¹³

- ⊙ die Abschaffung von Frühverrentungspraktiken;
- ⊙ die Einführung versicherungsmathematisch fairer Rentenversicherungssysteme, die einen längeren Verbleib in Arbeit nicht finanziell bestrafen;
- ⊙ die Erhöhung des Rentenalters;
- ⊙ die staatliche Subventionierung von Kinderbetreuung;

¹⁰ Der Splittingvorteil ist dort am größten, wo der Hauptverdiener 100% des Haushaltseinkommens erzielt und der Zweitverdiener keine Einkünfte hat.

¹¹ Im Gegensatz dazu sind die Steuersysteme der nordischen Länder weitgehend individualisiert, d.h. der Steuersatz ist für alle gleich und hängt nicht vom Familienstand ab.

¹² Cotis weist in diesem Zusammenhang auf die Gefahr hin, dass die verbesserte Betreuungsinfrastruktur aus Steuergeldern bezahlt werden müsse. Sollte die Steuerlast zu stark steigen, könnte dies ein Negativanreiz für die Arbeitsaufnahme von Frauen darstellen. Es gelte demnach sorgfältig abzuwägen, um ähnliche Erfolge wie die nordischen Länder in der Steigerung der Vollzeitwerbstätigkeit bei Frauen zu erzielen.

¹³ Dieses Maßnahmenpaket trifft nicht auf alle OECD Länder gleichermaßen zu. Das Reformpaket muss in Abhängigkeit von der jeweiligen Ausgangslage geschnürt werden. Cotis zufolge profitieren Länder, die eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik verfolgt haben, von einer höheren Erwerbstätigkeit.

- ⊙ die Abschaffung der Steuerdiskriminierung gegenüber verheirateten Frauen;
- ⊙ die Förderung von Teilzeitbeschäftigung;
- ⊙ die bessere Unterstützung von Berufsanfängern beim Übergang von der Schule in den Beruf.

Die Vorteile der besseren Einbeziehung verschiedener Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt liegen auf der Hand. Eine höhere Frauenerwerbstätigkeit steigert nicht nur die Steuer- und Beitrags-einnahmen der Sozialversicherungen, sondern führt auch zu einer besseren individuellen Absicherung der Frau. Infolge der höheren Erwerbstätigkeit ergibt sich nicht nur eine größere finanzielle Unabhängigkeit in der Erwerbsphase, sondern auch im Alter. Durch die höheren eigenen Rentenansprüche sind Frauen weniger von der Versorgung durch ihren Ehemann abhängig.

LEBENS LAUF

Aufgrund des besseren Gesundheitszustandes älterer Arbeitnehmer sehen Vaupel und Loichinger großes Potential für eine Umverteilung der Lebensarbeitszeit über den Lebensverlauf. Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass in Kürze die Babyboomer Kohorten die späte Erwerbsphase erreichen. Sollte sich das Arbeitsangebot der Babyboomer nicht von der Erwerbsbeteiligung der heute 50-jährigen unterscheiden, dann hätte dies eklatante Auswirkungen für die Volkswirtschaft. In den vergangenen Jahren hat die schlechte Arbeitsmarktlage und die Frühverrentungspraxis das Arbeitsangebot älterer Arbeitnehmer drastisch verringert. Sollten die älteren Erwerbspersonen weiterhin wenig und die jüngeren Erwerbspersonen weiterhin viel arbeiten, so wird die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit mit dem Eintritt der Babyboomer bis zum Jahr 2025 um bis zu 9 Prozent sinken (Vaupel und Loichinger 2006b).¹⁴ Die Autoren argumentieren, dass es fahrlässig und kostspielig sei, weiterhin auf das Arbeitspotential der älteren Erwerbspersonen zu verzichten. Ein großes Potential erwächst den Autoren zufolge aus einer Umverteilung der Lebensarbeitszeit. Durch die Umverteilung der Lebensarbeitszeit könnte der Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit in Folge des demografischen Wandels kompensiert werden.

Zwei Szenarien sind Vaupel und Loichinger zufolge denkbar: Zum einen eine höhere Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmer zwischen 50 und 60 Jahren. Mehrere Studien zeigen, dass sich der Gesundheitszustand der älteren Arbeitnehmer von Kohorte zu Kohorte kontinuierlich verbessert hat. Für einen Großteil der älteren Arbeitnehmer wäre der längere Verbleib im

¹⁴ Der Rostocker Index ermöglicht die Berechnung des Rückgangs der durchschnittlichen Arbeitsstunden aufgrund der demografischen Entwicklung. Für detaillierte Informationen über die Berechnung des Index siehe Vaupel und Loichinger (2006a).

Erwerbsleben also durchaus möglich (Freedman et al. 2004; Wurm und Tesch-Römer 2005). Um dieses Ziel zu erreichen, muss allerdings auch die entsprechende Nachfrage für ältere Arbeitskräfte vorhanden sein. Ansonsten führen Regelungen wie die Erhöhung des Rentenalter dazu, dass ein wachsender Anteil an älteren Arbeitnehmern direkt von der Arbeitslosigkeit in die Rente geht und somit dauerhaft hohe Abschläge in der Rente hinnehmen muss. Vom Rentenzugang des Jahres 2004 sind beispielsweise 24% der westdeutschen und 55% der ostdeutschen Neurentner direkt aus der Arbeitslosigkeit oder Altersteilzeit in die Rente gegangen (Schmähl 2006, S. 399). Wenn aber die Nachfrage für ältere Arbeitskräfte gegeben ist, dann muss den Arbeitnehmern auch die Möglichkeit eingeräumt werden, länger arbeiten zu dürfen. Osberg schlägt für Kanada zum Beispiel ein Bonussystem für Beiträge vor, die nach dem 65. Lebensjahr eingezahlt werden (Osberg 2005). Selbst wenn das Bonussystem keine realistische Option ist, so muss zumindest dafür gesorgt werden, dass die Abschläge für einen verfrühten Renteneintritt und die Zuschläge für einen späteren Renteneintritt versicherungsmathematisch fair kalkuliert werden (Börsch-Supan 2004).

Im zweiten von Vaupel und Loichinger beschriebenen Szenario wird eine gleichmäßigere Verteilung der Lebensarbeitszeit über den Erwerbsverlauf vorgeschlagen. Anstatt jüngere Arbeitnehmer noch stärker zu belasten, um Produktivität und Wachstum in einer alternden Gesellschaft zu garantieren, sollte die Lebensarbeitszeit gleichmäßiger über die verschiedenen Erwerbsphasen verteilt werden. Die gesunden älteren Arbeitnehmer müssten dann länger in das Erwerbsleben eingebunden werden, wohingegen jüngere Arbeitnehmer in der Familiengründungsphase, häufig auch „rush hour of life“ genannt, sogar entlastet werden könnten. Sollten die älteren Arbeitnehmer bis Anfang 70 weiter arbeiten, könnte den Berechnungen von Vaupel und Loichinger zufolge die durchschnittliche Arbeitszeit der 20- bis 64-jährigen bei 25 Stunden pro Woche liegen (Vaupel und Loichinger 2006, S. 1912). Phasen der Erwerbsarbeit, Freizeit, Bildung und Familiengründung könnten je nach Lebensalter völlig neu kombiniert werden. Die sozialpolitischen Konsequenzen dieser Variante gehen natürlich wesentlich weiter. Zum einen muss gewährleistet sein, dass Familien in der Familiengründungsphase auch dann ein finanzielles Auskommen haben, wenn sie ihre Arbeitszeit verringern (Osberg 2005). Das bedeutet also, dass Teilzeitmodelle attraktiver gestaltet werden müssen. Die Niederlande könnten hierfür ein interessantes Modell sein. Über 75 Prozent der Frauen und 20% der Männer arbeiten dort in Teilzeitbeschäftigung (Böckler Stiftung 2005). Es ist allerdings auch zu bedenken, dass ein Anstieg der Teilzeitbeschäftigung auch Auswirkungen auf die Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen haben wird. Unklar ist, ob es unbedingt zu einem Einbruch der Einnahmen kommen muss. Attraktive Teilzeitmodelle könnten möglicherweise

auch zu einer Zunahme der Beschäftigung führen, was wiederum einem Anstieg der Einnahmen zur Folge hätte.¹⁵ Die Umsetzung dieser Alternative hätte auch weitreichende Konsequenzen für die Alterssicherungssysteme. In der gesetzlichen Rentenversicherung, die auf einer Vollzeitannahme basiert, errechnet sich die Höhe der Rente aus den geleisteten Beiträgen. Das hat zur Folge, dass längere Phasen in Teilzeit, zu geringen Rentenansprüchen führen. Außerdem haben Teilzeitkräfte seltener die Möglichkeit in eine betriebliche oder private Altersvorsorge einzubezahlen. Um das Ziel einer besseren Umverteilung der Lebensarbeitszeit zu erreichen, müssten also nicht nur starke Anreize auf der individuellen Ebene gesetzt werden (Vaupel und Loichinger 2006a), sondern auch die sozialen Sicherungssysteme entsprechend angepasst werden.

KOMMUNALPOLITIK

Alle politischen Ebenen sind vom demografischen Wandel betroffen und gefordert diesem mit konstruktiven Lösungen zu begegnen. Die Situation der Kommunen hebt sich allerdings von der Situation der Länder und des Bundes ab, weil es die politische Einheit ist, welche die Folgen des demografischen Wandels real erlebt (Bertelsmann Stiftung und Kuratorium Deutsche Altershilfe 2004, S. 7). Die demografischen Veränderungen erfordern ein Umdenken in der Politikgestaltung. Nahezu alle Bereiche der Kommunalpolitik werden vom demografischen Wandel berührt: Wohnungsbau- und Stadtentwicklung, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, die Finanz-, Steuer-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, Bildungs-, Kultur-, Sport- und Freizeitpolitik, etc. Der demografische Wandel ist somit ein Querschnittsthema für die Kommunen. Diese sind laut Grundgesetz Art. 28 II im Rahmen ihrer Selbstverwaltung für die Anliegen der örtlichen Gemeinschaft zuständig (Naegele 2004, S. 12).

Die demografischen Veränderungen stellen Anforderungen an jeden einzelnen Bereich der Kommunalpolitik, erfordern aber auch eine bessere Koordination zwischen den Bereichen, um integrierte Lösungsansätze anbieten zu können. In der Suche nach integrierten Lösungen könnte ein enormes positives Gestaltungspotential für die Kommunen liegen. Die Kommunen haben es in der Hand die Lebensqualität älterer Menschen in ihrer Kommune nachhaltig zu verbessern. Die WHO Formel „Years have been added to life, now we must add life to years“ bringt die Notwendigkeit, ein Umfeld zu schaffen in dem ältere Menschen so lange wie möglich ein selbständiges Leben führen können, auf den Punkt (Naegele 2004). Die erfolgreiche Umsetzung einer demografiefesten

¹⁵ Bisher wurden allerdings keine derartigen Berechnungen umgesetzt.

Kommunalpolitik lastet allerdings nicht ausschließlich auf den Schultern der Kommunen als steuernde, moderierende und koordinierende Instanz, sondern erfordert auch den Einsatz lokaler Arbeitsmarktakteure. Diese können zum Beispiel durch betriebsinterne Maßnahmen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie von Pflegetätigkeit und Beruf beitragen (Naegele 2004, S. 15).

Auch wenn das positive Gestaltungspotential in der Kommunalpolitik auf der Hand liegt, so stehen viele Kommunen durch Abwanderung und Bevölkerungsalterung unter enormem fiskalischen Druck. Diese Finanzierungsprobleme führen eher zu einer Rückführung als zu einem Ausbau des kommunalen Angebots. Schulen und Sportstätten werden geschlossen, das kulturelle Angebot reduziert, weil diese von Seiten der Kommunen nicht länger finanziert werden können. Außerdem fehlt insbesondere den kleineren Gemeinden häufig die Expertise um eine demografiefeste Kommunalpolitik zu gestalten.

Das Projekt „Neues Altern in der Stadt“ (NAIS) von der BertelsmannStiftung unterstützt Kommunen und Regionen in der Gestaltung und Umsetzung einer demografisch verantwortungsvollen Politik. Eine „zukunftsorientierte Seniorenpolitik“ ist eines von fünf Teilzielen im Rahmen des NAIS Projekts. Im Kern zielt die Initiative darauf 1.) die Kommunen in der Wahrnehmung ihrer Sicherheits- und Schutzfunktion bei besonderen Bedarfen (z. Bsp. Pflege und Krankheit) zu unterstützen; und 2.) Maßnahmen einzuleiten, die dazu beitragen die Selbstständigkeit älterer Mitbürger längstmöglich zu erhalten und deren Selbst- und Mitverantwortung zu fördern und zu stärken (Bertelsmann Stiftung 2007, S. 5). Um diese konkreten Zielvorstellungen erreichen zu können, werden alle relevanten Akteure der örtlichen Gemeinschaft in die Planungs- und Zielfindungsphase eingebunden: politische Entscheidungsträger, Mitarbeiterinnen der Verwaltung, Vertreterinnen der Leistungs- und Kostenträger, der örtlichen Wirtschaft, der Vereine und Verbände, sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger (Bertelsmann Stiftung 2007, S. 5). Gemeinsam arbeiten sie an Leitbildern für die einzelne Kommunen und formulieren konkrete Maßnahmenpakete. In sechs ausgewählten Pilotkommunen werden zur Zeit verschiedene Handlungskonzepte umgesetzt, die für die einzelnen Kommunen von besonderer Bedeutung sind. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Pilotkommunen und die ausgewählten Handlungskonzepte:¹⁶

¹⁶ Die Pilotkommunen unterscheiden sich stark in der demografischen Ausgangssituation, was in der Auswahl der jeweiligen Kommunen und Handlungskonzepte eine maßgebliche Rolle gespielt hat. Die Kommunen unterscheiden sich hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur, Abwanderung und Wirtschaftskraft.

TABELLE 1 KOMMUNEN UND HANDLUNGSKONZEPTE IM RAHMEN DES NAIS PROJEKTS

KOMMUNE	HANDLUNGSKONZEPT
Altena (Nordrhein-Westfalen)	Förderung des bürgerschaftlichen Engagements
Bruchsal (Baden-Württemberg)	Gesundheitsförderung und Prävention für ältere Menschen
Eschwege (Hessen)	Seniorenwirtschaft als kommunaler Handlungsansatz
Glauchau (Sachsen)	Generationenübergreifende Konzepte
Hamm (Nordrhein-Westfalen)	Unterstützung von Kommunen zur Umsetzung komplementärer sozialer Dienste
Stuhr (Niedersachsen)	Umsetzung bedarfsgerechter Wohnangebote in Kommunen

Source: Bertelsmann Stiftung 2007, S. 8

Je nach Problemlage und Handlungskonzept kamen verschiedene methodische Ansätze zur Anwendung.¹⁷ So wurden in einigen Kommunen Seniorenexperten-Workshops durchgeführt, um das Wissen, sowie Kompetenzen und Erfahrungen der SeniorInnen für die Kommunen nutzbar zu machen. In diesen Workshops wurden Zielsetzungen formuliert und Anforderungen an Städte und Kommunen konkretisiert. Außerdem wurden Tätigkeitsfelder identifiziert, in denen Projekte selbständig von den Senioren initiiert und eigenständig umgesetzt werden können. In diesem partizipativen Ansatz zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur liegt großes Potential, weil durch die direkte Einbindung der Senioren nicht nur besser auf deren Bedarfe und Wünsche, sowie Ängste und Bedenken eingegangen werden kann, sondern Senioren auch direkt in die Gestaltung des kommunalen Lebens mit einbezogen werden und somit Mitverantwortung tragen.

Nichtsdestotrotz könnte die Umsetzung neuer politischer Lösungen auf der Kommunalebene an der unzureichenden finanziellen Ausstattung der kommunalen Haushalte scheitern. Naegele appelliert deshalb in diesem Zusammenhang an die Eigenverantwortung älterer Menschen. Die finanzielle Lage der heutigen Rentnergeneration sei so gut wie nie zuvor und mache eine finanzielle Eigenbeteiligung bei der Inanspruchnahme bestimmter Dienstleistungen erst möglich. Allerdings müssten bestimmte Dienstleistungen kostenfrei bleiben, damit sich keine negativen Verteilungswirkungen aus der Selbstbeteiligung ergeben (Naegele 2004). Die finanzielle Eigenbeteiligung ist ein weiterer Weg um die Mitsprache älterer Mitbürger in der Kommune zu stärken. Mit der Kostenpflicht von Dienstleistungen entsteht von Seiten der Konsumenten ein Druckpotential falls die Qualität der erbrachten Leistungen mangelhaft ist.

¹⁷ Die Ansätze richteten sich nach der konkreten Problemlagen in den einzelnen Kommunen und den formulierten Zielsetzungen. Für einen Überblick über die verschiedenen Instrumente, die im Rahmen der Projektes angewandt worden sind, siehe Bertelsmann Stiftung (2007).

Auch wenn die finanzielle Lage vieler Kommunen angespannt ist, besteht auf der kommunalen Ebene der größte und direkteste Handlungsspielraum im Umgang mit dem demografischen Wandel. Eine gute kommunale Infrastruktur kann nicht nur zu einer erhöhten Zufriedenheit der Einwohner eine Kommune führen, sondern auch Senioren aus anderen Kommunen anziehen. Möglicherweise könnte so ein Wettbewerb zwischen den seniorenfreundlichsten Städten stattfinden. In den USA findet dieser Wettbewerb schon seit längerer Zeit statt. In so genannten Gated Communities versuchen Kommunen zahlungskräftige Rentner mit einem vielfältigen Dienstleistungsangebot und großem Komfort anzulocken. Auch wenn Gated Communities nach amerikanischer Prägung in Deutschland ein Imageproblem haben (Süddeutsche Zeitung 2006), so könnten alternative innovative Wohnkonzepte Kommunen zu einem Standortvorteil verhelfen und somit Abwanderung verhindern. Im Folgenden werden vertieft die Chancen in den Bereichen Wohnen, Pflege und Betreuung behandelt. In der Durchsicht der Literatur hat sich gezeigt, dass diese Bereiche eng miteinander zusammenhängen und sich vor allem aus der verbesserten Koordinierung und dem Angebot integrierter Lösungen ein großes Potential im Umgang mit der alternden Gesellschaft ergibt.

WOHNEN UND BETREUEN

Die Bevölkerungsalterung stellt eine große Herausforderung für die herkömmlichen Wohnformen dar. Vor dem Hintergrund, dass sich ein Großteil der älteren Menschen eine Unterbringung in herkömmlichen Pflege- und Altersheimen nicht vorstellen kann, sondern eher in der gewohnten Umgebung älter werden will (Wilhelmson et al. 2005), ergibt sich ein großer Spielraum wenn es um die Entwicklung neuer bedarfsgerechter Wohnformen (zum Beispiel Altenwohngemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser) geht. Zwei Punkte müssen in den Überlegungen eine zentrale Rolle spielen: 1) Altern ist keine homogene Erfahrung mehr, sondern ein sehr individualisierter Vorgang, der von den älteren Menschen selbstbestimmt gestaltet werden möchte;¹⁸ 2) Die dichotome Einteilung in ältere Personen, die selbständig ohne fremde Hilfe leben können und pflegebedürftige Personen ist hinfällig. Vielmehr sind diese beiden Zustände die Pole eines Kontinuums. Im Bezug auf den Wohnraum bedeutet das, dass sich die Bedürfnisse, die an ein Haus beziehungsweise an eine Mietwohnung gestellt werden, in Abhängigkeit von Alter und Gesundheitszustand verändern.

¹⁸ Obwohl die Bedürfnisse älterer Menschen immer heterogener werden, zeigen verschiedene Studien, dass Senioren in allen westliche Industrieländern den starken Wunsch haben in den eigenen vier Wänden zu leben (Chapman und Howe 2001).

Idealerweise sollte sich der Wohnraum flexibel an die gesundheitliche Verfassung der Bewohner anpassen lassen.

Die Bereitstellung altersgerechten Wohnraums ist ungemein wichtig. In verschiedenen Studien wurde nachgewiesen, dass Senioren häufiger von Isolation und Einsamkeit, Unzufriedenheit und Depressionen, Orientierungskrisen, sowie Lethargie betroffen sind, wenn sie in nicht-altersgerechtem Wohnraum leben (Farquhar 1995; Lawton 1991). Ungeeigneter Wohnraum beschleunigt also das Risiko der Pflegebedürftigkeit (Strauch 2004, S. 22).

Positives Gestaltungspotential könnte aus einer besseren Verzahnung des Wohnungs- und Pflegemarkts entstehen. Van Wezemaal und Gilroy haben in einer sehr interessanten Studie untersucht, inwiefern der Schweizer Wohnungsmarkt auf die Herausforderungen der alternden Bevölkerung vorbereitet ist. Die fortschreitende Alterung der Bevölkerung bietet nach Ansicht der Autoren ein großes Marktpotential für die Entwicklung und Gestaltung altersgerechten Wohnraums. Die qualitativen Interviews haben gezeigt, dass sich private Investoren durchaus bewusst sind, dass sich die Altersstruktur ihrer Mieter verändert und der Anteil älterer Mieter ansteigt. Allerdings interpretieren sie den vielfach von älteren Bewohnern geäußerten Wunsch im eigenen Haus bleiben zu wollen, eher als eine dem Alter geschuldete Inaktivität, denn als ein Lebenskonzept. Die Autoren kommen auf Basis der Interviews zu dem Schluss, dass die ausgefeilten Methoden der Investoren zur Beurteilung des Marktes (z.Bsp. Benchmarkings) an der Lebenswelt und den tatsächlichen Bedürfnissen der Mieter vorbeigehen und somit eine altersangemessene Ausstattung des Wohnraums behindern (van Wezemaal und Gilroy 2007).

Van Wezemaal und Gilroy regen eine bessere Verzahnung von pflegerischen und medizinischen Diensten mit einer altersgerechten Ausstattung des Wohnraums an („Wohnraum-Plus“- Konzept). So könnte von Seiten der Vermieter neben dem altersgerechten Wohnraum zusätzlich individualisierte Paketlösungen mit pflegerischen und medizinischen Dienstleistungen angeboten werden, die auf den Gesundheitszustand der Person zugeschnitten werden und sich im Falle einer Verschlechterung oder Verbesserung des Zustands flexibel anpassen lassen. Die pflegerischen und medizinischen Dienstleistungen könnten demnach sehr individualisiert erfolgen. Joint ventures von

privaten und staatlichen Anbietern könnten die Dienstleistungen dann gemeinsam erbringen (van Wezemaal und Gilroy 2007, S. 608).¹⁹

Die Realisierbarkeit der besseren Verzahnung von Wohnung und Dienstleistungen hängt wesentlich von der Struktur des Mietmarktes ab. Die Autoren weisen darauf hin, dass insbesondere für private Vermieter und kleine Genossenschaften die Investitionskosten in altersgerechten Wohnraum möglicherweise zu hoch sind. Allerdings können die hohen Investitionskosten in bauliche Veränderungen zumindest teilweise durch den gezielteren Einsatz von medizinischen Diensten und Pflegediensten umgangen werden. Die Umsetzbarkeit ist für die größeren Genossenschaften und Immobilienfonds grundsätzlich einfacher. Von staatlicher Seite ist nach Ansicht der Autoren die Kooperation mit privaten Investoren notwendig, um das Angebot altersangemessenen Wohnraums in Zukunft sicherzustellen.

Seit dem Jahr 2000 gibt es in Nordrhein-Westfalen die „Zukunftsinitiative Seniorenwirtschaft“, die zum Ziel hat die Chancen des demografischen Wandels für Wachstum und Beschäftigung besser zu nutzen. Franz Lehner, Präsident des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ), sieht im Sektor Wohnen ein besonderes Marktpotential für das Ruhrgebiet, das besonders von den Problemen der Abwanderung und Überalterung betroffen ist. Da die Immobilienwirtschaft zunehmend im Wettbewerb mit ausländischen Investoren und Immobilienunternehmen steht, könne aus der Erschließung innovativer Wohnkonzepte durch die Verknüpfung von Wohnraum mit Dienstleistungen ein wichtiger Innovationsimpuls entstehen (Lehner 2007, S. 2). Dabei gehe es nicht ausschließlich um pflegerisch-medizinische Dienstleistungen, sondern auch um haushaltsnahe Dienstleistungen, die Eigenständigkeit und Komfort von älteren Menschen fördern. Die Entwicklung von technologisch-innovativen Gebäuden mit umfassenden Nutzungs- und Servicekonzepten könne helfen, sich von anderen Wettbewerbern eindeutig abzuheben. Da Altern heute kein homogener Vorgang mehr ist, sondern vielmehr durch eine Vielzahl von Lebenslagen und Lebensstilen geprägt ist, müsse das Angebot an Wohnraum mit Servicepaketen kombiniert werden. Ein großes Potential sieht Lehner im Bau von Seniorenwohnparks, die neben altersgerechtem Wohnraum eine auf ältere Menschen abgestimmte Infrastruktur (z. Bsp. Reinigungsservice und Instandhaltung für die Wohnung, Einkaufs- und Freizeitangebote) anbieten. Neben der besseren Anpassung der Wohnkonzepte und des Wohnumfelds an die Bedürfnisse von Senioren könnten

¹⁹ Die Vorschläge sind auf das institutionelle Gefüge in der Schweiz zugeschnitten. Um diese Potentiale in Deutschland ausschöpfen zu können, müsste die Idee entsprechend angepasst werden.

(zum Beispiel Barrierefreiheit) gerade aus dieser wirtschaftlichen Ausrichtung auch positive Beschäftigungs- und Wachstumsimpulse entstehen. Möglicherweise könnte die Schaffung neuer Arbeitsplätze auch den Trend der Abwanderung im Ruhrgebiet stoppen. Außerdem können von der besseren Berücksichtigung der Bedürfnisse von Senioren in der Gestaltung des Wohnumfeld auch andere Bevölkerungsgruppen profitieren, wie zum Beispiel Familien mit Kindern.

BEST PRACTICE

Auf der Internetseite www.seniorenwirt.de können zahlreiche „best practice“ Beispiele eingesehen werden. Exemplarisch sei die Baugenossenschaft „Freie Scholle e.V.“ aus Bielefeld genannt, die bereits im Jahr 1988 als erste Genossenschaft eine eigene Altenhilfe und -betreuung aufgebaut hat, mit dem Ziel älteren Menschen möglichst lange ein eigenständiges Leben im gewohnten Wohnumfeld zu ermöglichen. Neben dem sozialen Dienst des Vereins „Freie Scholle Nachbarschaftshilfe“ mit einem umfassenden Serviceangebot bestehend aus pflegerisch-medizinischen und haushaltsnahen Dienstleistungen werden auch Wohnungsanpassungsmaßnahmen vorgenommen. Außerdem besteht auch die Möglichkeit für Senioren in betreuten Wohngruppen zu wohnen. Im Falle einer Behinderung werden Senioren darin unterstützt in eine passendere Wohnung innerhalb des vertrauten Umfelds zu ziehen. Somit wird das gesamte Kontinuum der Pflegebedürftigkeit im gewohnten Umfeld abgedeckt. Ferner gibt es ein Pflegehilfsmitteldepot, von dem Hilfsmittel unentgeltlich zur Überbrückung ausgeliehen werden können, bis diese geliefert werden (für ausführlichere Informationen siehe Freie Scholle e.V. 2007).

Eine weitere Alternative zur Unterbringung im Heim besteht in der Einrichtung betreuter Wohngruppen, sobald ein selbständiges Leben in der eigenen Wohnung nicht mehr möglich sein sollte. Das Deutsche Kuratorium Altenhilfe und die Bertelsmann Stiftung haben gemeinsam ein Konzept für betreute Wohngruppen im Alter entwickelt. Diese betreuten Wohngruppen stellen eine Alternative zur Unterbringung im Heim dar. In diesen Wohngruppen leben sechs bis zwölf Pflegebedürftige, die alle einen eigenen Schlaf- und Wohnraum haben. Im gemeinsamen Haushalt werden sie von Betreuungskräften unterstützt, die rund um die Uhr vor Ort sind. Die Anzahl der Betreuungspersonen kann je nach individuellem Bedarf angepasst werden. Sie organisieren den Haushalt und die Pflege und das gemeinsame Gruppenleben. Ambulant betreute Wohngruppen unterscheiden sich dahingehend von herkömmlichen Pflegeheimen, dass sie versuchen die Selbstständigkeit und Selbstbestimmung älterer Bewohner in der vertrauten Umgebung längstmöglich zu

erhalten und deren Versorgungssicherheit und Wohlbefinden gewährleisten (Kremer-Preiß und Stolarz 2006, S. 9 f.).

BEST PRACTICE

Das in den Niederlanden weit verbreitete Quartiersmanagement hat ebenfalls zum Ziel älteren Menschen das selbstbestimmte Leben in der gewohnten Umgebung größtmöglich zu ermöglichen. Hier wird die Koordination integrierter Dienste von den Kommunen übernommen. Um bedarfsgerechte Wohnformen für ältere Bürger bereitzustellen, kooperieren die freie Wohlfahrtspflege, Wohnungsunternehmer, Verbraucherverbände, Bewohnerorganisationen und sogar die Polizei in einzelnen Stadtvierteln. In sogenannten betreuten Zonen werden bauliche Anpassungen (z. Bsp. Barrierefreie Gehrouten) und Betreuungsangebote miteinander kombiniert. In Wohnquartieren in der Größenordnung von 5.000 bis 10.000 Einwohner werden die Elemente Wohnen, Betreuen und Pflegen miteinander vernetzt. Zusätzlich werden Nachbarschaftstreffs, sowie weitergehende Aktivitäten und Beratungsstellen eingerichtet. Das niederländische Quartiermodell setzt eher auf die kleinräumige Vernetzung von Diensten statt auf die Entwicklung einzelner individueller Wohnformen. Dieser integrierte Ansatz bietet auch Potentiale für die Integration anderer Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel Behinderter. Entscheidend ist, dass die Versorgung älterer Mitbürger wieder in die Wohnquartiere verlegt wird und die Wohnquartiere nicht ausschließlich von alten Menschen bewohnt werden (Harkes 2004, S. 106).

Das „Best Practice Beispiel“ aus den Niederlanden untermauert den Stellenwert der Kommune in der positiven Gestaltung des demografischen Wandels. Ursula Krickl, Referatsleiterin im Dezernat Recht und Soziales des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, unterstreicht auf dem Kommunalkongress zum Thema „Altersgerechte Wohnkonzepte“ Initiator und Koordinator in der Bereitstellung altersgerechten Wohnraums (Bertelsmann Stiftung and Kuratorium Deutsche Altershilfe 2004, S. 9 ff.). Neben dem Bau und der Ausgestaltung altersgerechten Wohnraums, kommt den Kommunen auch eine wichtige koordinierende Funktion zu, nämlich dahingehend die verschiedenen medizinischen, pflegerischen, sowie haushaltsnahen Dienstleistungen sinnvoll zu vernetzen, so dass ältere Menschen möglichst lang im gewohnten Umfeld leben können. Außerdem können die Kommunen über den kommunalen Wohnungsbau, die kommunale Wohnungsbauförderung, die Bauleitplanung, aber auch über die Bauberatung dahingehend Einfluss nehmen, dass das Angebot altersgerechten Wohnraums den tatsächlichen Bedarf innerhalb einer Kommune deckt.

Die Leitidee der Kommunen sollte es sein, durch entsprechende Maßnahmen die selbständige Lebensführung und Eigenaktivität älterer Menschen so lange es möglich ist, durch entsprechende Maßnahmen zu unterstützen (Bertelsmann Stiftung and Kuratorium Deutsche Altershilfe 2004, S. 9 ff.). Damit werden die Präferenzen älterer pflegebedürftiger Menschen tatsächlich wahrgenommen, denn sie profitieren in erster Linie von dem verbesserten Angebot. Ferner trägt die verbesserte Vernetzung der verschiedenen Angebote auch zu einer deutlichen Entlastung von Angehörigen älterer und pflegebedürftiger Menschen bei.

PFLEGE

Neben adäquaten Anpassungen des Wohnraums und des Wohnumfelds stellen die demografischen Veränderungen auch neue Anforderungen an die Bereitstellung von Pflegeleistungen. Mit der Bevölkerungsalterung wird nicht nur der Anteil älterer Menschen sondern auch der Pflegebedarf ansteigen. Diese Annahme basiert auf der Erwartung, dass durch den anhaltenden Anstieg der Lebenserwartung der Anteil der älteren Menschen zunimmt und dass die gewonnenen Jahre in Krankheit verbracht werden. Ferner wird aufgrund des zweiten demografischen Übergangs, insbesondere der steigenden Scheidungsraten und fallenden Geburtenziffern, angenommen, dass das Potential für die häusliche Pflege durch die Veränderungen der Familienstrukturen zurückgehe.²⁰ Doblhammer-Reiter und Ziegler haben im Rahmen des Forschungsprojekts „Future Elderly Living Conditions in Europe (FELICIE)“ den zukünftigen Pflegebedarf und das häusliche Pflegepotential projiziert. Die Pflegebedarfsprognosen bestätigen, dass der Anteil pflegebedürftiger Menschen zukünftig ansteigen wird.²¹ Allerdings wird sich das Potential für die häusliche Pflege bis zum Jahr 2030 entscheidend verbessern. Da pflegebedürftige Personen die Pflege durch Familienmitglieder gegenüber der Heimunterbringung vorziehen, ist dies ein positiver Befund. Ein wesentlicher Grund für den Anstieg des häuslichen Pflegeangebots ergibt sich aus der Tatsache, dass verheiratete Paare länger gemeinsam altern und die Unterschiede in der Lebenserwartung von Männern und Frauen kleiner werden. Außerdem nimmt der Einfluss des Zweiten Weltkriegs auf das zahlenmäßige

²⁰ Der Zweite Demografische Übergang geht auf van de Kaa und Lesthaeghe zurück. Er beschreibt den Wandel des demografischen Verhaltens seit den 1960ern. Kennzeichen des Zweiten Demografischen Übergangs sind eine Pluralisierung der Familienformen mit einer geringer werdenden Bedeutung von Heirat, ein Rückgang der Fertilität und ein Anstieg der nichtehelichen Geburten, sowie ein Anstieg des Alters bei der Geburt des ersten Kindes und bei der ersten Eheschließung (Lesthaeghe 1992; Van de Kaa 1987).

²¹ Der Anteil der pflegebedürftigen Personen wird selbst dann steigen, wenn die durch den Anstieg der Lebenserwartung gewonnenen Jahre in Gesundheit verbracht werden (Doblhammer-Reiter und Ziegler 2006). Für die USA gibt es allerdings Hinweise, dass sich die Phase der Pflegebedürftigkeit verkürzen könnte.

Verhältnis von Männern und Frauen ab. Den Projektionen zufolge wird der Anteil der Geschiedenen bis zum Jahr 2030 lediglich moderat ansteigen, wohingegen der Anteil Verheirateter durch die oben beschriebenen Prozesse deutlich ansteigen wird. Auch die wachsende Kinderlosigkeit wird in den nächsten Jahrzehnten noch keinen negativen Einfluss auf das häusliche Pflegepotential haben. Ein Großteil der zukünftigen Alten wird Kinder haben, die sie im Bedarfsfall pflegen können. Die Autorinnen betonen, dass das große häusliche Pflegepotential in den nächsten Jahren besser genutzt werden sollte und die Rahmenbedingungen von Seiten der Politik verbessert werden sollten. Allerdings werden keine konkreten Vorschläge gemacht, wie das Potential nutzbar gemacht werden könnte.

Die häusliche Pflege ist allerdings nicht uneingeschränkt positiv zu beurteilen. Ein wenig beachtetes aber durchaus verbreitetes Problem besteht in der Gewalt in der häuslichen Pflege. Gewalt wird dabei am häufigsten vom Ehepartner ausgeübt (Badenberg 2007). Um das Risiko der Gewalt in der häuslichen Pflege zu verringern und eine gute Qualität der häuslichen Pflege zu gewährleisten, wird eine bessere lokale Vernetzung der Personen angestrebt, die in die Pflege eingebunden sind, zum Beispiel das Pflegepersonal und die Hausärzte, die zunehmend für das Problem sensibilisiert werden. Naegele spricht in diesem Zusammenhang von Schnittstellenproblemen, die durch eine verbesserte Verzahnung der bestehenden Angebote umgangen werden könnten (Naegele 2004, S. 13). Durch eine bessere Einbettung könnten die Potentiale der häuslichen Pflege tatsächlich besser genutzt werden.

Denkbar wäre auch eine vollkommene Abkehr von der häuslichen Pflege. In Japan wird das Problem der Gewalt in der häuslichen Pflege dadurch umgangen, dass die Pflegeversicherung im Gegensatz zu Deutschland kein Geld an pflegende Angehörige auszahlt, sondern Pflege ausschließlich von professionellen Pflegediensten bereitgestellt werden darf. Unter anderem wird diese Abweichung vom deutschen Pflegeversicherungsmodell damit begründet, dass die Pflege durch Angehörige, das Verhältnis von Pflegeperson und der pflegebedürftigen Person zu sehr belastet (Ogawa 2005). In diesem Zusammenhang wird häufig von der „Schwiegermutterhölle“ gesprochen. Es entspricht der generellen Auffassung, dass die Zeit die pflegebedürftige Personen und ihre Angehörigen verbringen eher Qualitätszeit („quality time“) sein sollte. Eine Abkehr von der häuslichen Pflege könnte positive Beschäftigungseffekte mit sich bringen, allerdings müsste der Bedarf an hochwertigem Pflegepersonal von Seiten des Marktes auch gedeckt werden können. Unabhängig davon, ob man an der häuslichen Pflege durch Angehörige festhält oder nicht, so ist für die Zeit nach 2030 eine bessere

Verzahnung bestehender Angebote erforderlich, da das häusliche Pflegepotential dann deutlich zurückgehen wird (Doblhammer-Reiter und Ziegler 2006, S. 284). Wie oben ausführlich beschrieben, spielen die Kommunen in diesem Zusammenhang eine sehr wichtige Rolle.

KOMMUNIKATION

Die neuen Kommunikationsmedien haben die Gesellschaft in den letzten zwei Jahrzehnten revolutioniert. Immer mehr Menschen machen Gebrauch von den Möglichkeiten des Internets, sei es in Form von Information, Kommunikation oder E-Commerce. Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge ist der Anteil der regelmäßigen Internetnutzer zwischen 2003 und 2005 von 44 Prozent auf 56 Prozent gestiegen (Statistisches Bundesamt 2005b; Statistisches Bundesamt 2006). Bei den 54- bis 64-jährigen lag der Anteil der regelmäßigen Internetnutzer im Jahr 2005 bei 36 Prozent. Zwischen 2002 und 2004 stieg die Internetnutzung in dieser Altersgruppe um 38 Prozent, wohingegen sie für den Rest der Bevölkerung im Vergleichszeitraum um 26 Prozent stieg (Statistisches Bundesamt 2005a). Die über 64-jährigen fallen mit weniger als 10 Prozent regelmäßigen Internetnutzern hinter dem Rest der Gesellschaft zurück.²²

Die Nutzung der neuen Kommunikationsmittel bietet auch für ältere Menschen ein großes Potential (Möckli 1999). Älterwerden war früher und ist auch heute noch mit einem geringeren Aktionsradius, wenigen Kontakten und für einige alte Menschen auch mit Isolation verbunden. Die neuen Medien bieten der heutigen und zukünftigen Rentnergeneration völlig neue Möglichkeiten. Die Benutzung von Email erleichtert das Aufrechterhalten von Kontakten und der Schaffung neuer Kontakte, aber auch die Internetforen zum Informationsaustausch oder Online-Shopping Angebote können den Aktionsradius von älteren Menschen in Zukunft immens erweitern und Unabhängigkeit bewahren. Möckli betont, dass das Potential der neuen Kommunikationsmedien noch besser ausgeschöpft werden kann, wenn ältere Menschen nicht nur als Nutzer sondern auch als Gestalter des Internets auftreten. „Gerade übers Netz können die Senioren ihre speziellen geistigen Fähigkeiten zu Nutzen anderer anwenden, ohne dass sie örtlich mobil zu sein brauchten“ (Möckli 1999, S. 164). Insbesondere spezielle Websites für Senioren sind ideale Plattformen, um sich sowohl über altersspezifische, aber auch andere Themen auszutauschen.

²² Dieser niedrige Anteil ist unter anderem auf den Altersgruppenzuschnitt zurückzuführen. Die Bevölkerungsgruppe 64+ schließt alle Personen ein, die 64 Jahre und älter sind. Eine weitere Erklärung liegt darin, dass ältere Menschen nicht mehr automatisch über den Arbeitsplatz mit dem Internet in Berührung kommen.

Das Seniornet in den USA gibt es bereits seit 21 Jahren. Mittlerweile gibt es dort über 200 Learning Centers in denen ältere Menschen im Umgang mit dem Computer und dem Internet geschult werden. Die Zielgruppe des amerikanischen Seniornets sind Menschen über 50, die sich auf den Internetseiten über zahlreiche Themen austauschen können, unter anderem über Bücher und Kultur, Gesundheit oder finanzielle Angelegenheiten. Außerdem gibt es einen Link zur Internetseite www.volunteermatch.org, die über Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements im eigenen Umfeld informieren.

Vergleichbare Angebote gibt es mittlerweile auch in Deutschland. Mit Portalen wie www.feierabend.de („Der Webtreff für die besten Jahre“) und www.forum-fuer-senioren.de („Das Lifestyle Portal 50plus“) wird ebenfalls die Zielgruppe der Senioren angesprochen (Tißler 2007). Unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und wird im Rahmen des Online-Jahres 50plus zahlreiche Aktionen in Städten und Kommunen angeboten, die den Umgang älterer Menschen mit dem Internet fördern sollen.

BEST PRACTICE

Besonders interessant ist die Initiative Senioren @ns Netz, die 1997 im Rahmen eines Pilotprojekt ins Leben gerufen wurde. Das Pilotprojekt hatte das generationenübergreifende Lernen und die Vermittlung sozialer Kompetenzen im Informationszeitalter zum Ziel. SchülerInnen von sächsischen Gymnasien schulen ältere Mitbürger im Umgang mit dem Internet. Mittlerweile wird das Programm an über 60 Schulen in ganz Sachsen angeboten. Nicht nur die älteren Teilnehmer profitieren von dem Programm. Die SchülerInnen vermitteln ihr Wissen über das Internet und sammeln Lehrerfahrung. Außerdem wird das Miteinander der Generationen gefördert.²³

Die größere Technikakzeptanz in Japan führt dazu, dass die Möglichkeiten des Internets und neuer Kommunikationssysteme wesentlich breiter genutzt werden als in Deutschland. Das System „(New) Ogenki-Mode“ der Firma Synergy.Co, LTD. aus Tokio ist ein Beispiel für ein Kommunikationssystem, das von Kommunen und Städten eingesetzt wird, um alleinstehende Senioren oder ältere Ehepaare in der Bewältigung ihres Alltagslebens zu unterstützen. Das von einer zentralen Leitstelle verwaltete System vernetzt ältere Mitbürger mit deren Familien und ehrenamtlichen Helfern (Osaka 2007). Über das computergestützte „New Ogenki Mode“ System

²³ Für mehr Informationen zu Senioren @ns Netz siehe: www.vsbi.de oder www.seniorenansnetz.de.

wird ein Monitoring des Wohlbefindens der Senioren ermöglicht. Hilfsbedürftige Mitbürger erhalten jeden Morgen eine Nachricht, die sie nach ihrem Wohlbefinden befragt. Benötigen Senioren Hilfe oder Unterstützung im Alltag, so können sie diesen Bedarf über das Computersystem anmelden. Diese Anfragen werden von der zentralen Leitstelle gesammelt und mit dem „Home Service System“ koordiniert.²⁴ Das „Home Service System“ registriert potentielle freiwillige Helfer und die Zeiten, zu denen die freiwilligen Helfer verfügbar sind. Zu den freiwilligen Helfern gehören auch viele Schulklassen, weil ehrenamtliches Engagement in der Mittelstufe an japanischen Schulen ein verpflichtender Bestandteil des Curriculums ist. Über das „Home Service System“ werden dann die Anfragen der Senioren mit den verfügbaren freiwilligen Helfern gematched. Die Volontäre erhalten eine Kurznachricht auf das Mobiltelefon mit der Anfrage der Senioren. Diese Anfragen reichen von der Bitte um ein längeres Telefonat bis hin zur Unterstützung bei der Reinigung der Wohnung oder Hilfe beim Einkaufen. Wenn Volontäre keine Zeit haben, können Sie die Anfrage ablehnen und das System springt einfach zum nächsten verfügbaren freiwilligen Helfer, ohne dass die hilfsbedürftige Person davon erfährt. Neben der Vermittlung der freiwilligen Helfer informiert das Computersystem auch über die Aktivitäten im direkten Umfeld der Senioren und kann flexibel um weitere Informationen erweitert werden. Denkbar wäre zum Beispiel auch das Versenden von Nachrichten, die an die Einnahme von Medikamenten erinnern.

Das Pilotprojekt in Furano City hat ergeben, dass sich die Lebensqualität eines Großteils der Senioren deutlich verbessert hat. Senioren haben angegeben, dass sie das Freiwilligennetzwerk in der Bewältigung der alltäglichen Aufgaben sehr unterstützt hat und dass sie sich dadurch sicherer und weniger allein gefühlt haben. Sowohl Senioren als auch die freiwilligen Helfer geben an, dass sie viel von der jeweils anderen Generation lernen konnten und dass das Projekt einen positiven Einfluss auf das Verhältnis der Generationen habe. Durch die Erfahrungen im Umgang mit älteren Menschen könne man deren Bedürfnisse und Ängste viel besser nachvollziehen. Des weiteren profitieren die Familienangehörigen vom Einsatz des Ogenki-Mode Systems. Zum einen sind sie durch das System mit der pflegebedürftigen Person vernetzt und können sich über deren Zustand informieren, zum anderen geben sie an, dass der Einsatz des Systems deutlich zu ihrer Entlastung beigetragen habe. Dadurch dass bestimmte Leistungen von freiwilligen Helfern übernommen werden, könne die

²⁴ Entscheidend ist, dass die Senioren an der Entwicklung des Systems mitgewirkt haben. Man hat im Vorfeld genau geprüft, mit welchem System ältere Menschen am besten zurecht kommen. Zum Beispiel hat sich gezeigt, dass ältere Menschen eine Touchscreen gegenüber einer Maus bevorzugen. Außerdem wurde untersucht, welche Anzahl von Symbolen für ältere Menschen am besten handhabbar sind. Diesen technischen Details kommt entscheidende Bedeutung zu, wenn es darum geht, dass ältere Menschen das System tatsächlich für sich nutzen.

gemeinsame Zeit, viel intensiver genutzt werden und wird nicht vom Alltagsgeschäft überlagert (Osaka 2007).

EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

Ehrenamtliches Engagement ist ein wichtiger Baustein im Konzept des „Aktiven Alterns“. Der berufliche Ruhestand ist heute nicht mehr gleichbedeutend mit einem Rückzug aus der Gesellschaft. Viele der heutigen Alten wollen sich auch nach dem Ausstieg aus der Erwerbsarbeit in die Gemeinschaft einbringen. Mit der Babyboomer-Generation wird eine Gruppe in den Ruhestand verabschiedet, die einen großen Erfahrungsschatz hat und ein breites Spektrum an Talenten aus dem Berufsleben mitbringt (Harvard School of Public Health Und MetLife Foundation 2004, S. 27). Außerdem hebt sich die Babyboomer-Generation insofern von früheren Rentnerkohorten ab, dass sie wesentlich gesünder und aktiver in den Ruhestand gehen. Aus diesen Faktoren ergibt sich ein großes Potential für ehrenamtliches Engagement, was durch die zahlenmäßige Größe der Babyboomer-Kohorten noch erhöht wird. Einer Studie der Harvard School of Public Health und der MetLife Foundation zufolge reicht aber die Vielfalt an Talenten und die Größe der Babyboomer allein nicht aus, um das Potential für ehrenamtliche Tätigkeiten auszuschöpfen. Die Autoren betonen, dass bestehende Strukturen ehrenamtlicher Organisation überdacht und möglicherweise neue Institutionen geschaffen werden müssen, um die Potentiale optimal zu nutzen (Harvard School of Public Health und MetLife Foundation 2004, S. 32).

In Deutschland hat die Gruppe der über 60-jährigen zwischen 1999 und 2004 die deutlichste Steigerung des freiwilligen Engagements erfahren. Die Ergebnisse des 1. und 2. Freiwilligenurveys zeigen, dass die Quote der Altersgruppe 60+ zwischen 1999 und 2004 von 26 Prozent auf 30 Prozent gestiegen ist. Noch deutlicher ist der Anstieg für die Gruppe der 60 bis 69-jährigen, nämlich von 31 Prozent auf 37 Prozent (Bundesministerium für Familie 2005). Das frühe Ausscheiden aus dem Erwerbsleben eröffnet ein großes Potential für ehrenamtliches Engagement. Ehrenamtliches Engagement ist nicht nur ein Zugewinn für die Gemeinschaft, sondern ist auch eine große Bereicherung für das eigene Leben.

Um das Potential der älteren Mitbürger nutzen zu können, ist eine gute Organisation und institutionelle Einbettung des ehrenamtlichen Engagements erforderlich. Beisgen und Crouch Kraitchman illustrieren anhand ihrer Erfahrungen in einem „Senior Center“ in Michigan (USA), dass es für

interessierte Bürger häufig schwierig sei, Informationen über die Möglichkeiten und den Bedarf für ehrenamtliche Tätigkeiten zu erhalten. Außerdem werden von Seiten der Organisationen häufig unrealistische Anforderungen an die Freiwilligen gestellt und Ehrenamtliche unzureichend auf ihr Amt vorbereitet. Für viele Tätigkeiten bedarf es bestimmter Kenntnisse oder Fertigkeiten oder sogar zusätzlicher Schulungsmaßnahmen damit Freiwillige in ihrem Ehrenamt effektiv wirken können (Beisgen und Chrouch Kraitchman 2003). Deswegen ist es wichtig, die Motive der ehrenamtlichen Helfer zu verstehen. Manche Personen wollen sich eher in den Gebieten nützlich machen, in denen sie schon beruflich tätig waren. Andere Ehrenamtliche möchten sich einer neuen Aufgabe widmen und zusätzliche Qualifikationen erwerben und sehen das Ehrenamt als eine Möglichkeit das Konzept des lebenslangen Lernens für sich persönlich umzusetzen. Organisationen müssen sich bemühen, beide Typen sinnvoll einzusetzen. Diese Beispiele zeigen, dass der Einsatz ehrenamtlicher Kräfte vernünftig geplant, organisiert und koordiniert werden muss.

Zeit spielt aber die wichtigste Rolle in der Entscheidung, ob eine Person ehrenamtlich aktiv sein will oder nicht. Aus Sicht der Autorinnen ist es deshalb wichtig, dass das ehrenamtliche Engagement so organisiert wird, dass den ehrenamtlichen Helfern das Gefühl gegeben wird, etwas sinnvolles mit ihrer Zeit anzufangen. Das beinhaltet auch, dass diese frei entscheiden können wie häufig und wie lange sie ehrenamtlich aktiv sein möchten (Beisgen und Chrouch Kraitchman 2003). Das oben beschriebene „Ogenki-Mode“ System aus Japan hat genau diesen Vorteil. Freiwillige Helfer können entscheiden, ob sie einen Nachmittag mit einer älteren Personen verbringen wollen oder ob sie nur Zeit für einen Anruf haben. Außerdem ermöglicht das System den freiwilligen Helfern, sich kurzfristig für eine Aufgabe einteilen zu lassen oder auch eine Anfrage abzulehnen. Durch die Computerisierung des Systems, ist die Ablehnung einer Aufgabe auch weniger stigmatisierend als im herkömmlichen ehrenamtlichen Kontext. Allerdings ist die Anwendung eines derartigen Systems nicht für jede Organisation sinnvoll. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass Freiwillige das Gefühl haben von Seiten der Organisation nicht angemessen eingesetzt zu werden (Harvard School of Public Health und MetLife Foundation 2004, S. 33).²⁵

Ehrenamtliches Engagement bietet die Möglichkeit der Mitbestimmung, Mitverantwortung und der Mitgestaltung des Gemeinwesens. Über das Ehrenamt haben ältere Menschen die Möglichkeit das

²⁵ In der Studie wird das Beispiel eines Arztes im Ruhestand genannt, der sich freiwillig im örtlichen Krankenhaus engagiert hat und dafür eingeteilt wurde, die Wassergläser der Patienten zu füllen.

eigene Umfeld aktiv zu gestalten. Von den Kommunen wird dieses Potential erst langsam wahrgenommen. Der Bericht der Harvard School of Public Health und der MetLife Foundation weist genau auf diesen neuen Gestaltungsspielraum hin. Bisher wurde der Prozess des Alterns von Seiten der Politik mit Abhängigkeit und Pflegebedürftigkeit gleichgesetzt. Der gute Gesundheitszustand der Babyboomer ermöglicht es aber, Alter als eine Ressource innerhalb der Gemeinschaft anzusehen und eben auch einzusetzen (Harvard School of Public Health und MetLife Foundation 2004, S. 29). Kommunen spielen deshalb eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, diese Mitverantwortung bei den älteren Bürgern zu aktivieren. Das nächste „best practice“-Beispiel zeigt, wie Kommunen als Initiatoren und Koordinatoren ehrenamtlicher Aktivitäten wirken können.

BEST PRACTICE

Seit 1995 betreibt der Verein „Älter werden in Eching e.V.“ ein Alten Service Zentrum, der sämtliche Dienste rund um das Älter werden in der Kommune bereitstellt. Die Mitglieder des eingetragenen Vereins sind vorwiegend ältere Bewohner der Gemeinde Eching, aber auch jüngere Bürger engagieren sich. Die übergeordnete Idee des Vereins besteht darin, ältere Menschen so zu unterstützen, dass diese längstmöglich zu Hause wohnen können. Durch ein vielfältiges Angebot an Serviceleistungen und Hilfestellungen, aber auch durch Beratung und gemeinsame Aktivitäten wird diesem Wunsch älterer Bürger Rechnung getragen. Ein entscheidender Faktor für den Erfolg des Vereins besteht darin, dass die älteren Bürger durch ihre Mitgliedschaft eine aktive Rolle in der Gestaltung des Alterns in der Gemeinde übernehmen. Die Kommune hat in der Gründungsphase des Alten Service Zentrums eine entscheidende Rolle als Initiator und Koordinator gespielt (Bertelsmann Stiftung und Kuratorium Deutsche Altershilfe 2004b).

KONSUM UND WIRTSCHAFT

Die Bevölkerungsalterung geht häufig mit der Sorge um Produktivität und Wachstum einher. Es wird angenommen, dass der Konsum durch eine älter werdende Gesellschaft sinkt und somit zu einem Rückgang von Beschäftigung und Wachstum führt. Die Expertenkommission „Ziele in der Altenpolitik“ empfiehlt gerade ältere Menschen als Kunden und Verbraucher wahrzunehmen, in dem Produkte und Dienstleistungen auf deren Interessen, Bedürfnisse und Fertigkeiten zugeschnitten werden (Bertelsmann Stiftung 2006, S. 15).

Hilbert und Naegele gehen deshalb in ihrer Studie der Frage nach, ob nicht gerade die Interessen und Bedürfnisse der „neuen Alten“ zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen könnten.²⁶ Außerdem untersuchen sie, ob die Erfüllung der Bedürfnisse von der Wirtschaft allein übernommen werden kann oder ob es der politischen Intervention bedarf. Außerdem werden Handlungsfelder im Bereich der Seniorenwirtschaft dargestellt (Hilbert and Naegele 2002, S. 347). Unter Seniorenwirtschaft werden die Marktsegmente zusammengefasst, die Güter und Dienstleistungen speziell für die Bedürfnisse und Wünsche der Altersgruppe 55+ entwickeln und anbieten und auf deren spezifische Nachfrage zuschneiden.

Voraussetzung für die Freisetzung des Potentials der alternden Gesellschaft im Bereich der Seniorenwirtschaft ist eine gute finanzielle Situation Rentner. Die heutigen Rentnerhaushalte sind finanziell außerordentlich gut ausgestattet. Ihr Einkommen ist mit dem Einkommen von Arbeitnehmer- und Selbständigenhaushalten vergleichbar. Diese gute finanzielle Grundlage bietet Entwicklungspotentiale für die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen für mehr Lebensqualität im Alter (Hilbert und Naegele 2002, S. 350). Um dieses Entwicklungspotential nutzbar zu machen, müssen die Produzenten und Anbieter von Produkten und Dienstleistungen allerdings auf die Interessen und Bedürfnisse der älteren Konsumenten eingehen. Dabei ist es entscheidend, dass durch den Anstieg der Lebenserwartung die Phase des Alterns länger andauert und dass dieser Prozess heute viel heterogener als bei früheren Rentnerkohorten verläuft. Das Alter ist somit durch eine große Vielfalt an Lebensstilen und Lebenslagen geprägt (Hilbert und Naegele 2002, S. 349). Zudem ist Alter nicht mehr zwangsläufig mit Ruhe und Rückzug verbunden, sondern zunehmend eine Erlebnis- und Aktivitätsphase. Durch das gestiegene Interesse älterer Menschen selbständig und gesund alt zu werden, ist die Bereitschaft entsprechende Produkte und Dienstleistungen käuflich zu erwerben, wesentlich größer. Dazu gehören den Autoren zufolge auch, entsprechende Unterstützungs- und Orientierungsangebote in Anspruch zu nehmen. Das größte Potential für den Absatz altersgerechter Produkte und Dienstleistungen sehen Hilbert und Naegele „in den Bereichen Gesundheit und Fitness, Selbstständigkeit, Freizeit und Kommunikation (Hilbert und Naegele 2002, S. 353). Aber auch die Segmente Wohnen, Tourismus, Kosmetik und Bildung haben einen hohen Stellenwert in der erfolgreichen Entwicklung der Seniorenwirtschaft.

²⁶ Für die USA konnte gezeigt werden, dass der Konsum über den Lebensverlauf mit der Bevölkerungsalterung eher ansteigt statt zu sinken (Lee und Mason 2007).

Auch wenn die Absatzchancen für innovative Produkte groß sind, so werden diese von Seiten der Wirtschaft bisher unzureichend wahrgenommen. Nur wenige Firmen haben bisher auf die Veränderungen in der Altersstruktur in der Bevölkerung reagiert (Meyer-Hentschel Management-Consulting 2000). Hilbert und Naegele untersuchen deswegen, ob das Potential der „Seniorenwirtschaft“ politisch aktiviert werden könne (Hilbert und Naegele 2002, S. 355). Es gibt gute Gründe für politische Intervention in diesem Gebiet, allen voran die Steigerung der Lebensqualität älterer Menschen durch altersgerechte Produkte und Dienstleistungen. Obwohl in Japan und den USA der Markt für altersgerechte Produkte im Vergleich zu Deutschland wesentlich größer ist, wird die Herstellung von Produkten, die von allen Bürgern genutzt werden durch die entsprechenden politischen Vorgaben gefördert. So hat die japanische Regierung im Rahmen des „Basic IT Laws“ beschlossen, dass sämtliche elektronischen Geräte in Japan so gestaltet werden müssen, dass jeder Bürger diese ohne Probleme nutzen kann. Die japanische Regierung will so den „digital divide“ zwischen verschiedenen Bevölkerungsschichten verhindern. Alle Personen sollen von den Möglichkeiten des neuen Kommunikationszeitalters profitieren und es soll unter allen Umständen verhindert werden, dass einige Bevölkerungsschichten von dieser Entwicklung abgehängt werden (Fujitsu 2005).

Das oben beschriebene Ogenki-Mode System, aber auch das „Raku Raku Phone“ von Fujitsu sind Beispiele dafür, wie die Wirtschaft in Japan auf diese politischen Vorgaben reagiert. Das Raku Raku Phone ist ein einfach bedienbares Telefon, das speziell für ältere Mobilfunknutzer und Personen mit physischen Einschränkungen entwickelt wurde. Die Firma hat in der Produktentwicklungsphase intensiv mit dieser Zielgruppe zusammengearbeitet, um ein Produkt bereitzustellen, das die Probleme, die bei der Nutzung herkömmlicher Mobiltelefone auftreten für das Raku Raku Phone auszuschließen und ein verbraucherfreundliches Produkt herzustellen.²⁷ Verbraucherfreundlichkeit ist auch eine entscheidende Größe in der Produktentwicklung in der Automobilindustrie. Im Gegensatz zur deutschen Automobilindustrie haben die japanischen Autohersteller wesentlich stärker auf die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft reagiert. In den Überlegungen der Hersteller spielen Fragen der Barrierefreiheit und des Universal Designs eine maßgebliche Rolle. Moerke hat untersucht, wie sich die japanische Automobilindustrie auf den demografischen Wandel einstellt.

²⁷ Für Informationen über das Raku Raku Phone siehe http://www.nttdocomo.co.jp/english/product/easy_phone/.

Aufgrund der hohen Unfallquote älterer Autofahrer wird in Japan an Lösungen gearbeitet, die zu größerer Sicherheit im Straßenverkehr beitragen können. Mit steigendem Alter erfahren Autofahrer eine zunehmend eingeschränkte visuelle Wahrnehmung (z. Bsp. Reaktion auf Veränderung der Lichtverhältnisse), außerdem schwinden ihre kognitiven (z. Bsp. die Reaktionszeit) und physischen Fähigkeiten (z. Bsp. Kraft und Flexibilität). Die japanischen Automobilhersteller reagieren auf diese Einschränkungen mit neuen Produkten und technischen Innovationen. So werden zum Beispiel die Anweisungen des Navigationssystems nicht mehr auf einem kleinen Bildschirm neben dem Lenkrad gezeigt, sondern werden per Beamer auf die Windschutzscheibe projiziert. Das Einparken wird durch den Einsatz von Kameras im Auto erleichtert. Das Ein- und Aussteigen aus dem Auto wird durch rotierende und absenkbare Sitze erleichtert (Moerke 2007, S. 5).

Das Raku Raku Phone und die japanischen Autos sind nur zwei Beispiele für Universal Design, das in Japan und den USA wesentlich weiter verbreitet ist. „Universal Design“ wird definiert als „the design of products and environments to be usable by all people, to the greatest extent possible, without adaptation or specialized design“ (NC State University 1997). Produkte, die nach den Grundsätzen des Universal Designs gefertigt werden, ermöglichen die barrierefreie Nutzung von allen Menschen, unabhängig von Alter, Geschick oder Muskelkraft. Das bedeutet also, dass Produkte die nach den Prinzipien des Universal Designs gefertigt werden, nicht ausschließlich für den Markt der älteren Konsumenten gestaltet werden müssen, sondern vielmehr so gestaltet werden müssen, dass sie von allen Bevölkerungsschichten genutzt werden können.

Neben der Verbesserung der Lebensqualität, bietet die Aktivierung der Wirtschaft in der Bereitsstellung altersgerechter Produkte aber auch neue Impulse für Wachstum und Beschäftigung (Hilbert und Naegele 2002, S. 356). In Japan wird das Potential der sogenannten „Silver Markets“ von Seiten der Industrie viel besser wahrgenommen und ausgeschöpft. Um das Thema Alter hat sich ein völlig neues Marktsegment entwickelt, das wesentlich zu Beschäftigung und Wachstum beiträgt. So gibt es in Japan Firmen, die sich ausschließlich auf die Bedürfnisse von Senioren konzentrieren, dafür aber die gesamte Produkt- und Dienstleistungspalette abdecken. Die Ziegruppe der japanischen Firma Iki Iki ist die zahlungskräftige Generation 50+. Im Iki Iki Magazin werden altersspezifische Themen besprochen und die Produkte entsprechend plaziert, die dann über Hotlines geordert werden können. Neben herkömmlichen Produkten wie Kosmetik oder Kleidung, können auch Dienstleistungen und Reisen gekauft werden. Alle Produkte sind speziell auf die Bedürfnisse der Generation 50+ zugeschnitten und werden entsprechend beworben (Mörke 2007).

In Deutschland werden die möglichen positiven Beschäftigungseffekte aus der Bereitstellung von innovativen Produkten im Segment der Seniorenwirtschaft zwar gesehen, bisher allerdings unzureichend genutzt (Bundesministerium für Familie 2007, S. 7).

Die oben beschriebenen Beispiele zeigen deutlich, dass die Alterung der Bevölkerung nicht zwangsläufig zu einem Einbruch in der Binnennachfrage führen muss. Hondrich argumentiert, dass sich mit der Verschiebung der Altersstruktur die Art und die Muster des Konsums verändern (Hondrich 2007, S.44). Trotz des Bevölkerungsrückgangs kann die individuelle und kollektive Nachfrage nach Gütern also insgesamt steigen. Der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlichte Bericht „Wirtschaftsmotor Alter“ betont allerdings, dass das wirtschaftliche Potential des Alters wesentlich von der Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme und der Einkommenssituation von älteren Menschen im Alter abhängt (Bundesministerium für Familie 2007, S. 5) Sollte sich die Einkommenssituation von älteren Menschen deutlich verschlechtern, dann wären keine positiven Effekte für Wirtschaft und Wachstum zu erwarten.

FAZIT

Die vorliegende Literaturstudie hat den gegenwärtigen Forschungsstand zum Thema Demografie als Chance zusammengefasst. Die Fülle der gesichteten Literatur hat gezeigt, dass die tiefgreifenden Veränderungen der Bevölkerungsstruktur infolge des demografischen Wandels nicht zwangsläufig eine Bedrohung darstellt. Die Breite der behandelten Themengebiete macht deutlich, dass der demografische Wandel nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens berührt. Ein besonders großes Gestaltungspotential eröffnet sich auf der Kommunalebene. Dort wird der demografische Wandel real erlebt und erfordert neue Wege und Lösungsansätze. Besonders vielversprechend erscheint die Vernetzung bestehender Service- und Dienstleistungsangebote, um das Leben der älteren Menschen so angenehm wie möglich zu gestalten und Angehörige zu entlasten. Die Kommunen sind es auch, die eine wichtige Rolle in der Initiierung und Koordinierung ehrenamtlicher Aktivitäten spielen können und somit die Mitbestimmung und Mitverantwortung älterer Menschen für das Gemeinwesen aktivieren können.

Außerdem wurde gezeigt, dass der demografische Wandel nicht zwangsläufig zu einem konjunkturellen Einbruch führen muss. Die Erschließung der „Silver Markets“ bietet ein großes Potential für Wachstum und Beschäftigung, was in Deutschland bislang nur unzureichend genutzt

wurde. Japan und die USA sind gute Beispiele um die Bandbreite altersgerechter Produkte und Dienstleistungen zu ermessen.

Der größte Vorteil des demografischen Wandels liegt in seiner Langsamkeit. Die Geschwindigkeit der Veränderungen lässt uns ausreichend Zeit, um die positiven Gestaltungspotentiale zu erkennen und für die Gesellschaft nutzbar zu machen. Diese Chance muss aber tatsächlich genutzt und nicht verschlafen werden.

BIBLIOGRAPHIE

- Arnkil, Robert, Jarmo Nieminen, Pekka Rissanen, Sari Pitkänen und Sanna-Mari Lyytinen. 2003. The Assessment of the Finnish National Programme on Ageing Workers (FINPAW): Social Development Company Ltd.
- Badenberg, Christian. 2007. Gewalt in der häuslichen Pflege wird immer noch zu wenig beachtet. *Ärzte Zeitung*.
- Beisgen, Beverly A., und Marilyn Chrouch Kraitchman. 2003. *Senior Centers: Opportunities for Successful Aging*. New York: Springer Publishing Company.
- Bertelsmann Stiftung. 2006. *Alter neu denken: Empfehlungen der Expertenkommission "Ziele in der Altenpolitik" zu gesellschaftlichen Altersbildern*. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung. 2007. *Neues Altern in der Stadt: Bericht über die Analyse- und Zielfindungsphase 2006*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung und Kuratorium Deutsche Altershilfe. 2004a. *Dokumentation des Kommunalkongresses - Altersgerechte Wohnkonzepte: Gestaltungsmöglichkeiten für Kommunen*. Berlin.
- Bertelsmann Stiftung und Kuratorium Deutsche Altershilfe. 2004b. *Anforderungen an die Gestaltung quartiersbezogener Wohnkonzepte*. Gütersloh/Köln: Kuratorium Deutsche Altershilfe.
- Böckler Stiftung. 2007. Böckler Box: *Arbeitszeit - Männer arbeiten kaum Teilzeit*, 2005 [Letzter Zugriff am 1. Oktober 2007], <http://www.boeckler-boxen.de/cps/rde/xchg/SID-3D0AB75D-5A225134/boxen/hs.xsl/2173.htm>.
- Börsch-Supan, Axel. 2004. *Faire Abschlüsse in der Gesetzlichen Rentenversicherung*. Mannheim: Mannheim Research Institute for the Economics of Aging.
- Brockmann, Hilke. 2002. Why is less money spent on health care for the elderly than for the rest of the population? Health care rationing in German hospitals. *Social Science & Medicine* 55:593-608.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2005. *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2007. *Wirtschaftsmotor Alter*. Berlin.
- Chapman, N.J., und D.A. Howe. 2001. Accessory Apartments: Are they a Realistic Alternative for Ageing in Place? *Housing Studies* 16:637-650.
- Cotis, Jean-Philippe. 2003. *Population Ageing: Facing the Challenge*. OECD Observer 203 (September).

- Cutler, David M., Angus S. Deaton und Adriana Lleras-Muney. 2006. The Determinants of Mortality. *Journal of Economic Perspectives* 20 (3):97-120.
- Dingeldey, Irene (Hrsg.). 2000. Erwerbstätigkeit und Familie in Steuer- und Sozialversicherungssystemen: Begünstigungen und Belastungen verschiedener familialer Erwerbsmuster im Ländervergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Dittmann-Kohli, F. und B. van der Heijden. 1996. Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer - interne und externe Einflussfaktoren. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 29:323-7.
- Doblhammer-Reiter, Gabriele und Uta Ziegler. 2006. Future Elderly Living Conditions in Europe: Demographic Insights. In *Gender, Health and Ageing*, G. M. Backes, V. Lasch und K. Reimann (Hrsg.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dobritz, Jürgen, Andrea Lengerer und Kerstin Ruckdeschel. 2005. Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt.
- Eberstadt, Nicholas und Hans Groth. 2007b. Ein unterschätzter Wachstumshebel für Europa. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. Juli 2007, Seite 39.
- Eberstadt, Nicholas und Hans Groth. 2007a. Healthy Old Europe. *Foreign Affairs* 86 (3):55-68.
- Farquhar, M. 1995. Elderly people's definitions of quality of life. *Social Science and Medicine* 41:1439-1446.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung. 2007. Alte, wollt ihr ewig leben? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. Januar 2007, 3.
- Freie Scholle e.V. 2007. Freie Scholle - Sicher Wohnen ein Leben lang [Letzter Zugriff am 19. August 2007], <http://www.freie-scholle.de>.
- Freedman, Vicki A., Eileen M. Crimmins, Robert F. Schoeni, Brenda C. Spillman, Hakan Aykan, Ellen Kramarow, Kenneth C. Land, James Lubitz, Kenneth G. Manton, Linda G. Martin, Diane Shinberg und Timothy Waidmann. 2004. Resolving Inconsistencies in Old-Age Disability: Report from a Technical Working Group. *Demography* 41 (3):417-41.
- Fries, J.F. 1980. Aging, Natural Death, and the Compression of Morbidity. *New England Journal of Medicine* 303:130-136.
- Fries, J.F. 1985. The Compression of Morbidity. *World Health Forum* 6:47-51.
- Fujitsu. 2005. Universal Design: Special Issue. *Fujitsu Magazine* 56 (2).
- Harkes, Danielle. 2004. Betreute Wohnzonen: Perspektiven eines Modells in den Niederlanden. In *Anforderungen an die Gestaltung quartiersbezogener Wohnkonzepte*, Bertelsmann

- Stiftung und Kuratorium Deutsche Altershilfe (Hrsg.). Gütersloh/Köln: Kuratorium Deutsche Altershilfe.
- Harvard School of Public Health und MetLife Foundation. 2004. Reinventing Aging: Baby Boomers and Civic Engagement. Cambridge: Center for Health Communication Harvard School of Public Health.
- Hilbert, Josef und Gerd Naeyele. 2002. Dienstleistungen für mehr Lebensqualität: Ein Such- und Gestaltungsfeld für mehr Wachstum und Beschäftigung. In Die Zukunft von Dienstleistungen: Ihre Auswirkungen auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität, G. Bosch, P. Hennicke, J. Hilbert, K. Kora und G. Scherhorn (Hrsg.). Frankfurt am Main: Campus.
- Hollstein, Miriam. 2006. Finnland zeigt den Weg aus der Altersarbeitslosigkeit. Die Welt, 15. September 2006, 2.
- Hondrich, Karl Otto. 2007. Weniger sind mehr: Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Kohlbacher, Florian. 2007. Knowledge Retention and HRM: Insights from the 'Year 2007 Problem' in Japan. Annual Conference of the Academy of International Business 2007, Indianapolis.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften. 2001. Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen. Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften.
- Kremer-Preiß, Ursula und Holger Stolarz. 2006. Ambulant betreute Wohngruppen - Arbeitshilfen für Initiatoren. Köln: Bertelsmann Stiftung und Kuratorium Deutsche Altershilfe.
- Lawton, M.P. 1991. A multidimensional view of quality of life in frail elders. In The concept and measurement of quality of life in the frail elderly, J. E. Birren (Hrsg.). San Diego: Academic Press.
- Lee, Ronald, und Andrew Mason. 2007. Consumption, Saving and Capital Accumulation as Age Distributions Change. Annual Conference of the Population Association of America 2007. New York.
- Lehner, Franz. 2007. Ein großer neuer Marktplatz. Frankfurter Rundschau, 23. Januar 2007, 3.
- Lesthaeghe, Ron. 1992. Der zweite demographische Übergang in den westlichen Ländern: Eine Deutung. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 18 (3):313-354.
- Meyer-Hentschel Management-Consulting. 2000. Editorial: Ältere Kunden als strategischer Input für Unternehmen. In Handbuch-Seniorenmarketing, Meyer-Hentschel Management-Consulting (Hrsg.), Frankfurt am Main.
- Möckli, Silvano. 1999. Die demographische Herausforderung: Chancen und Gefahren einer Gesellschaft. Stuttgart: Verlag Paul Haupt.

- Moerke, Andreas. 2007. The Ageing Society and Reactions of the Automobile Industry - A Case Study. In *The Demographic Challenge: A Handbook about Japan*, Coulmas, Florian et. al. (Hrsg.). Leiden und Boston: Brill (Im Erscheinen).
- Moerke, Andreas. 2007. Emerging "Silver Markets". Vortrag im Rahmen des Young Leaders Forum 2007. Tokio.
- Naegele, Gerhard. 2004. Neue Herausforderungen an die kommunale Seniorenpolitik. In *Dokumentation des Kommunalkongresses - Altersgerechte Wohnkonzepte: Gestaltungsmöglichkeiten für Kommunen*, Bertelsmann Stiftung und Kuratorium Deutsche Altershilfe (Hrsg.), Berlin.
- NC State University. 1997. *The Principles of Universal Design*. Raleigh.
- Oeppen, Jim und James W. Vaupel. 2002. Broken Limits to Life Expectancy. *Science* 296:1029-1030.
- Ogawa, Tetsuo. 2005. Intergenerational Equity and Social Solidarity: Japan's Search for an Integrated Policy on Ageing. In *Ageing Matters. European Policy Lessons from the East*, J. Dolling (Hrsg.). Aldershot: Ashgate.
- Olshansky, S.J., M.A. Rudberg, B.A. Carnes, B.A. Cassel und J.A. Brady. 1991. Trading off longer life for worsening health: The expansion of morbidity hypothesis. *Journal of Aging and Health* 3 (2):194-216.
- Osaka, Shoji. 2007. Guide to New Social System in an Aging Society. Vortrag im Rahmen des Young Leaders Forum 2007. Tokio.
- Osberg, Lars. 2005. Work and Well-Being in an Aging Society. *Canadian Public Policy* 31 (4):413-20.
- Pinneberger Verkehrsgesellschaft. 2007. Von Gesund(et)en Lernen: Ein Überblick über 4 Jahre erfolgreiches Gesundheitsmanagement. Letzter Zugriff am 24. August 2007 unter <http://www.pvgmbh.de/i2.php?i1=besonderes&i2=gesundheit>.
- Rasner, Anika. 2006. Mind the Gap! Einbeziehung internationaler Benchmarks bei der Beurteilung der geschlechtsspezifischen Rentenlücke in Deutschland. *Deutsche Rentenversicherung* (11-12):737-54.
- Reinhart, Uwe E. 2003. Does the Aging of the Population Really Drive the Demand for Health Care? *Health Affairs* 22 (6):27-39.
- Riley, James C. 2001. *Rising Life Expectancy: A Global History*. New York: Cambridge University Press.
- Robert Bosch Stiftung. 2006. *Demographie als Chance: Demographische Entwicklung und Bildungssystem - finanzielle Spielräume und Reformbedarf*. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.
- Rürup, Bert. 2007. Demografie und Krankenversicherung: Was kostet Gesundheit 2030? *Gesundheit und Gesellschaft* 10 (3):23-29.

- Schmähl, Winfried (2006): Die neue deutsche Alterssicherungspolitik und die Gefahr steigender Altersarmut. *Soziale Sicherheit* (12):397-402.
- Schwägerl, Christian. 2007. Ich lerne immer noch. FAZ.NET, 19. Juni 2007, 2.
- Statistisches Bundesamt. 2007. Internetzugang älterer Menschen nimmt überdurchschnittlich zu. Letzter Zugriff am 16. August 2007 unter http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2005/04/PD05__179__ikt.psml.
- Statistisches Bundesamt. 2005b. Wirtschaftsrechnungen - Private Haushalte in der Informationsgesellschaft - Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien 2005. Vol. Fachserie 15 Reihe 4. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. 2006. Informationstechnologie in Haushalten 2005. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Strauch, Friedrich. 2004. Kommunale Verantwortung für altersgerechte Wohn- und Infrastrukturen bei zunehmend begrenztem Gestaltungsspielraum. In Dokumentation des Kommunalkongresses - Altersgerechte Wohnkonzepte: Gestaltungsmöglichkeiten für Kommunen, Bertelsmann Stiftung und Kuratorium Deutsche Altershilfe (Hrsg.). Berlin.
- Süddeutsche Zeitung. 2006. Sicherheit als Statussymbol: Wohnst Du noch oder wachst Du schon? Von Annabel Dillig am 13. Januar 2006.
- Spiegel Online. 2007. Vormarsch der Senioren. Von Jan Tißler am 20. Januar 2007.
- Tesch-Römer, Clemens. 2006. Produktivität im Alter. *G+G Wissenschaft (GGW)* 6 (1):14-22.
- Van de Kaa, Dirk J. 1987. Europe's Second Demographic Transition. *The Population Bulletin* 42 (1):3-57.
- van Wezemaal, Joris E. und Rose Gilroy. 2007. The Significance of Demographic Change in the Swiss Approach to Private Rented Housing: A Potential for Ageing in Place? *Housing Studies* 22 (4):597-614.
- Vaupel, James W. und Elke Loichinger. 2006a. Der demografische Wandel wird schon bald etwas kosten: Neuer Rostocker Index misst wirtschaftliche Folgen. *Demografische Forschung aus Erster Hand* 3 (1):4.
- Vaupel, James W. und Elke Loichinger. 2006b. Redistributing Work in Aging Europe. *Science* 312 (5782):1911-1913.
- Vaupel, James W. und Kristin G. von Kistowski. 2007. Die Plastizität menschlicher Lebenserwartung und ihre Konsequenzen. In *Die Zukunft des Alterns: Die Antwort der Wissenschaft*, P. Gruss (Hrsg.). München: Beck.
- Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, ed. 2003. *Bildung neu denken! - Das Zukunftsprojekt*. Opladen: Leske + Budrich.

Wilhelmson, K., C. Andersson, M. Waern und P. Allebeck. 2005. Elderly People's Perspectives on Quality of Life. *Ageing and Society* 25 (4):585-600.

Wurm, Susanne und Clemens Tesch-Römer. 2005. "Gesundheit, Hilfebedarf und Versorgung." In *Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte*, Clemens Tesch-Römer, Heribert Engstler und Susanne Wurm (Hrsg.). Wiesbaden: VS Verlag.